

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist vorwärts zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Berandes, Bremen, Faulenstraße 58/59 II. zu senden.

Nr. 34

Sonntag den 25. August

1912

Die schwarze Parade.

Organisatorisch ist die Zentrumsparlei so raffiniert und vielgestaltig gegliedert, wie keine andere Partei. Eine ganze Reihe von Vereinen sind für den Zweck gegründet, alle in ihrer Art dem Zentrum zu dienen. Unter ihnen steht der katholische Volksverein mit angeblich 730 000 Mitgliedern voran. Ihm sind alle Spezialvereine angegeschlossen. Die Zentralstelle ist in München-Gladbach. Außerdem gibt es sechs Landessekretariate, elf Diözesanstellen, zwölf Sekretariate und 40 Volksbüros. Und alle diese Institutionen werden von allen geistlichen Stellen in ihrer Tätigkeit unterstützt.

Fast 9 Millionen Flugschriften sind im vorigen Jahre aus München-Gladbach hinausgegangen. An Agitationsmaterial, das der Werbung von Mitgliedern sowie der Unterweisung der Angestellten und Vertrauensmännern dient, sind 2¼ Millionen Stück ausgegeben worden. Der Buchverlag hat fast eine Million Schriften abgesetzt. Zieht man die mannigfachen Kurse in Betracht, die an der Zentralstelle und im Lande abgehalten werden, die Masse der Versammlungen und sonstigen agitatorischen Veranstaltungen, dann muß man anerkennen, daß der katholische Volksverein im Parteileben der ganzen Welt nach dem Arbeitseifer und der agitatorischen Leistung fast unerreicht dasteht.

Wenn der Volksverein seinen Zweck, die Sozialdemokratie zu vernichten, nicht erfüllt hat und nicht erfüllen wird, so liegt das nicht an mangelndem Willen und Eifer, sondern an der Sache, die er vertritt. Der Feind, gegen den er ankämpft, hält auch den Millionen Flugblättern und den Tausenden von Versammlungen des Volksvereins Stand.

Der Katholikentag soll nun eine Art Vertretung der Zentrumsparlei resp. aller in ihrem Interesse wirkenden Organisationen darstellen. Er ist aber keine Vertretung demokratischer Art, die aus gewählten Vertretern zusammengesetzt ist, sondern eine Schauveranstaltung, zu der jeder Katholik Zutritt hat. Arrangiert und geleitet wird sie von den Drahtziehern des Zentrums, die natürlich schlaue genug sind, die Macher der Einzelorganisationen heranzuziehen und ihnen einen Platz als mitwirkenden Akteure anzuweisen. Es wird alles so eingerichtet, daß die Schattenseiten nicht zu sehen sind. Alles schwimmt in einer gewollten Selbsttäuschung, so daß es leicht ist, die ganze Veranstaltung in ergebnisvoller Harmonie ausklingen zu lassen.

Was etwa unter dieser täuschenden Decke sich oppositionell regen sollte, das wird mit geistlichen Mitteln zum Schweigen gebracht. Dann wird das Interesse der katholischen Kirche allem vorangestellt, dem sich alles unterzuordnen hat. Zu dem Zwecke treten die immer zahlreich anwesenden Kirchenfürsten in Aktion, vor denen das gläubige Gemüt sich demütig duckt. Und die Drahtzieher scheinen auch. So schwimmt denn alles in Wonnen zur höheren Ehre der Kirche und ihres Oberhauptes in Rom.

Wer dieses Jahr für Jahr im gleichen Stile sich wiederholende Arrangement kennt, der wird keine Erörterungen bei dieser Schaulustveranstaltung erwarten, die eine Darlegung der wirklichen jeweiligen Situation der Zentrumsparlei böten. Mißliche Vorkommnisse werden mit Schweigen übergangen oder mit Phrasen überkleistert, Differenzen innerhalb der gläubigen Schäfchen einfach unterdrückt.

Wie schlaue glitt man über die empfindlichen Schlappen hinweg, die das Zentrum bei den letzten Reichstagswahlen erlitten hat, wo es sich mit seinen „Todesfeinden“, den nationalliberalen Kulturkämpfern verbinden mußte, um nicht noch größere Schlappen durch den sozialdemokratischen Ansturm zu erhalten. Wohl wettete man gegen den „Umsturz“ und die „gläubensfeindliche Sozialdemokratie“, aber mit einem Stoßseufzer erhofft man die Ueberwindung dieses gefährlichsten Feindes des Zentrums von München-Gladbach resp. vom katholischen Volksverein, dessen Generalsversammlung auf dem Katholikentage von dem in Köln so schmerzlich durchgefallenen Advokaten Trimborn geleitet wurde. Grimm, bössartigen Grimm im Herzen, aber hoffnungstriefende fromme Verwünschungen gegen die Sozialdemokratie auf den Lippen — das war alles, was das Zentrum auf seiner schwarzen Parade produzierte und die Schlappe mit Augenverdrehen übergab, damit die Jagdhasen und Zweisler in seinen Reihen ja nicht kopfschütteln werden. Und da soll München-Gladbach helfen! Ja, warum konnte es denn die Schlappe bei den Reichstagswahlen nicht verhindern?

Beschämend ist jedoch die Stellung, die man den „christlichen Gewerkschaften“ auf dem Katholikentage angewiesen hat. Sie durften nicht münden. Ihre intimen Gesner-Verliner-Couleur natürlich auch nicht.

Aber die Giesberts und Konsorten konnten vor einem Monat noch den Mund nicht voll genug nehmen. Drohten sie doch sogar mit einem Spezialkongreß der „christlichen Gewerkschaften“, auf dem man — den Berlinern? Ach nein! — Rom plausibel machen wollte, welche Macht die „christlichen Gewerkschaften“ im öffentlichen Leben bedeuten. Als ihnen aber das Maulen verboten wurde, da klappten sie zusammen und wurden stumm, wie die Fische.

Es hätte den Drahtziehern des Zentrums schön in der Stram gepaßt, wenn die kleinen Kläffer der „christlichen Gewerkschaften“ auf der schwarzen Parade sich breit gemacht hätten. Das päpstliche Schweigegebot kam daher zur rechten Zeit, gerade, als hätte es Dr. Spahn, der Führer des Zentrums bestellt. Die Entscheidung über den Streit wurde den Bischöfen zugewiesen, denen sich nicht nur die Giesberts und seine Mitgläubigen, sondern auch die Protestanten Behrens, Mumm usw. zu unterwerfen haben.

Bischof Keppeler von Rottenburg allein durfte der Differenzen gedenken, die einen todbenden Streit zwischen Berlin und Köln entfacht hatten. Er las den streitenden Brüdern den Text, denen er nervöse Gereiztheit vorwarf und sie vor „unreife Kritik und ungesunden Mißtrauen“ warnte. Man solle keinen Lärm schlagen, sondern möge den Bischöfen vertrauen, die an zuständiger Stelle schon aufklärend wirken und Schwierigkeiten aus dem Weg räumen würden. Und siehe da — alle Großmäuler schwiegen! Die Entscheidung über die Gestaltung und Tätigkeit allein steht dem Papsttum zu, das der Bischof Keppeler als Hort der Autorität pries.

Und der unbedingten Unterwerfung hat niemand besseren Ausdruck gegeben, als der zum Präsidenten gewählte Justizrat Schmitt-Mainz, der da sagte:

„Wenn in irgend einer Frage Meinungsverschiedenheiten entstehen, dann folgen wir unbedingt unserm heiligen Vater, den Weisungen unserer Bischöfe. Sind wir einmal vom rechten Wege abgekommen, dann schwenken wir auf ihren Ruf ein, wie eine Kompanie Soldaten auf dem Exerzierplatz! Für uns gilt der Satz: Alle Wege führen nach Rom — einerlei, ob sie von Berlin oder Köln oder Trier oder München-Gladbach ausgehen.“

Die päpstliche Kompanie der christlichen Gewerkschaften hat diese Schwenkung bereits vollzogen und sich stumm dem Diktum aus Rom unterworfen. Und das prahlt noch heuchlerisch mit „selbständiger Vertretung der Arbeiter-Interessen!“

Natürlich wurde auf dem Katholikentag auch gewaltig gegen das schändliche Jesuiten-Ausnahmegesetz und gegen alle Schikanen gegen die katholische Kirche gebontert. Dabei ist das Zentrum Trumpf in Deutschland, der Reichskanzler Bethmann Hollweg zappelt in den Reggen des Zentrums. Das Jesuitengesetz fällt sofort, wenn das Zentrum ernstlich will, denn Zentrum und Sozialdemokraten bilden eine Mehrheit im Reichstag. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokraten stets für die Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt haben, weil sie prinzipiell gegen alle Ausnahmegesetze sind. Wo los! Das Zentrum mag den Antrag stellen, für den eine Mehrheit da ist, dann hat der Trödel ein Ende.

Leider hat der gegen das Jesuitengesetz eifernde Katholikentag es unterlassen, zu bekennen, ob das Zentrum gegen alle Ausnahmegesetze ist, auch gegen solche, die sich gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter oder die Sozialdemokratie richten. Jedenfalls ist diese Schweigsamkeit bezeichnend. Die moderne Arbeiterbewegung wird jedoch dadurch nicht berührt, ihre Bahn ist geradeaus, sie wird durch nichts unterbrochen werden.

Ueberflüssig, zu melden, daß der Katholikentag die Oberhoheit über die Schule für die Kirche beansprucht und sogar den obligatorischen Religionsunterricht für die Fortbildungsschule verlangt. Nur wo es Nacht ist, kann das Pfaffenrum herrschen.

Erfolgreiche Parteiarbeit.

Der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag in Chemnitz zeigt auf allen Gebieten der Partei erfreuliche Fortschritte. Ist es auch nicht gelungen, den vier Millionen sozialdemokratischen Reichstagswähler die erste Million organisierter Mitglieder der Partei zuzugesellen, so ist es der regen Werbetätigkeit der Parteigenossen doch gelungen, die Mitgliederzahl erheblich zu erhöhen. Die Kreisorganisationen zählten

am 30. Juni d. J. 970 112 Mitglieder, darunter 130 371 weibliche. Da das Vorjahr mit einer Mitgliederzahl von 836 362, darunter 107 693 weibliche, abschloß, ist eine Steigerung von 15,9 Prozent zu verzeichnen, gegen 16,1 Prozent im Vorjahre. Die männlichen Mitglieder vermehrten sich um 15,2 Prozent, die weiblichen um 21,0 Prozent.

Unter Hinzurechnung der „Gleichheit“ verfügte die Parteipresse am 30. Juni 1912 über 1 478 042 Abonnenten. Gegenüber dem Vorjahre ist das eine Zunahme an Abonnenten von 171 577. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 7 840 718 M auf 8 888 834 M und die Einnahmen aus Inseraten von 5 853 302 M auf 6 830 496 M gestiegen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres um 36 auf 224 gestiegen. Keine Vertreter haben wir außer in den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, nur in Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Reuß a. L.

Seit die Partei die Gemeindepolitik in den Bereich ihrer Wirksamkeit gezogen hat, schreitet sie auch hier erfolgreich vorwärts. Die Partei hat jetzt in 470 Städten 2531 und in 2680 Landgemeinden 7593 Vertreter; außerdem in 50 Städten 104 Magistratsmitglieder und in 157 Landgemeinden 204 Gemeindevorstandsmitglieder.

Aus den Kapiteln „Agitation“ und „Reichstagswahlen“ ergibt sich, daß der Parteivorstand um umfangreiches Agitationsmaterial zu allen wichtigen politischen Vorgängen herausgegeben hat. Außer dem Handbuch und einer Anzahl von Broschüren sind zur Reichstagswahl allein 68 verschiedene Flugblätter zur Verbreitung angeboten worden.

Die Tätigkeit des Bildungsausschusses ist durch die Wahlbewegung erheblich beeinflusst worden. Nichtsdestoweniger ist auch im letzten Jahre eine umfangreiche und planmäßige Bildungsarbeit geleistet worden.

Auch die Jugendbewegung hat gute Fortschritte aufzuweisen. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ ist von 65 000 auf 80 100 gestiegen.

Trotz der großen finanziellen Aufwendungen für die Reichstagswahlen kann der Kassenschluß nicht als ungünstig bezeichnet werden. Für die Wahlen sind 910 000 M von der Zentralkasse verausgabt. Das ist fast doppelt so viel, als im Jahre 1907 die Reichstagswahlen erforderten. Den Rezerwen sind 233 000 M entnommen worden.

So kann die Partei mit Stolz auf das hinter ihr liegende Kampfsjahr zurückblicken.

Eine soziale Scheingeburt.

Sachsen ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, soweit die kleinere Hälfte der Bevölkerung in Betracht kommt. In ihr und mit ihr werden allerhand Experimente unternommen zur höheren Ehre der Verächtlichkeit der größeren Bevölkerungshälfte, der Sozialdemokratie. Zwar läßt die sächsische Regierung ihre Offiziosen dementieren, daß sie keinen Antrag auf Erlass eines Zuchthausgesetzes gegen streifende Arbeiter zum Schutze der Streibrecher im Bundesrat eingebracht habe. Doch da liegt der Knüttel beim Hunde. Bevor man nicht der Zustimmung der Majorität des Reichstages ganz sicher ist, will man sich keine neue Blamage holen. Und die Verhältnisse im „toten Königreich“ dürften gerade nicht zu einer solchen Provokation der Arbeiter reizen.

In Chemnitz waren jüngst die „Selben“ versammelt, um ein an der Sozialdemokratie zu Tode gegangenes Gebilde zu Grabe zu tragen, den „Nationalen Arbeiterbund“. Dann retteten sich die Leidtragenden, die treuen Schildknappen aller Sozialistenvertilger, hinter in die „Evangelischen Arbeitervereine“, wo sie aus Gefinnungsverwandtschaft barmherzige Aufnahme fanden und um ein neues Evangelium gegen die 11 Sozialdemokraten beten.

In Leipzig versammelten sich nun in voriger Woche die bläströten fortschrittlichen „Arbeiter“ zu einer Laufe. Sie wollten das jüngste Kind nationaler Organisationen taufen, aber — es war kein Kind da. Und so legten sie denn das Gelöbnis ab, eins zeugen zu wollen. Sie erkoren dem Ungeborenen zu diesem Zwecke sogar eine Mutter — die freilich kapitalistisch-kropfbulds ist und bedenklich nach der nationalliberalen Seite hinkt — die „Fortschrittliche Volkspartei“. Und sie schwangen sich auch zu einer stolzen Benennung des Ungeborenen auf, der „Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten“ heißen soll.

wollen die Schöpfer der künftigen neuen Organisation auch nicht, daß sie Eigenschaften der Gelben an sich tragen soll, so soll sie nach einer Neuerung des Kirch-Dunderschen Arbeitersekretärs Erkelenz doch die Reaktion bekämpfen, weil — die Sozialdemokratie darin nichts leistet!!! Mit den Nationalliberalen soll die Organisation auch nicht zu tun haben, denn das haben die Versammelten zu betonen für notwendig gehalten, daß das vermieden werden müsse wegen des unsozialen Charakters und der illiberalen (sprich: reaktionären) Politik der Nationalliberalen.

So weit, so gut. Wo aber sollen nun die Mitglieder für den „Reichsverein liberaler Arbeiter“ hergenommen werden? Herr Erkelenz sagte zwar, daß eine Million Arbeiter und Angestellte bei den letzten Reichstagswahlen liberal gewählt habe, aber man weiß nicht, wo sie sind. Man muß sie erst dort suchen, wo die Fortschrittliche Volkspartei ihre Vereine hat.

Natürlich werden die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften in dem neuen Reichsverein die Hauptgarde stellen, aber da sie selbst zwischen Leben und Sterben stehen, nur ein kümmerliches Dasein fristen, so kann man sich denken, was für einen lebenskräftigen Organismus der Reichsverein darstellt, d. h. wenn er ins Leben getreten sein wird. Vorläufig wird erst von dem dazu eingesetzten Komitee die Werbemittel gerührt.

Das Haupttagungsmittel soll folgende von den Versammelten angenommene Resolution bilden:

Die erste Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellten in Leipzig hält die Schaffung einer liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung für eine dringende Notwendigkeit. Sie fordert ihre Freunde in Stadt und Land auf, mehr als bisher für die politische Aufklärung der liberalen Arbeiter im Sinne der Beschlüsse dieser Konferenz zu wirken. Die liberale Arbeiterbewegung erblickt ihre vornehmste Aufgabe in einem unausgesetzten Werben für ein Hand-in-Handarbeiten mit dem freiheitlichen Bürgertum auf politischem und kulturellem Gebiete. Um die Arbeiter und Angestellten für diese Aufgabe zu erziehen, ist eine selbständige liberale Arbeiterbewegung im Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei unentbehrlich.

Die liberale Arbeiterbewegung erkennt das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei als ihr Mindestprogramm an. Sie wird innerhalb dieser Partei mit besonderer Anstrengung arbeiten.

1. Für den freiheitlichen Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, wie für die politische Gleichberechtigung aller Erwachsenen. Im Anbegriff seiner Laufbahn soll jeder Mensch die gleiche Möglichkeit der Entwicklung haben.

2. Für die Schaffung eines sozialen Arbeiterrechts durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Schwaltsverhältnis in ein Rechtsverhältnis. Die wichtigste Pflicht jedes Gewerbes ist die Erhaltung und Kräftigung einer leistungsfähigen Arbeitnehmerschaft.

3. Für die Erkenntnis des engen Zusammenhanges der sozialen Frage in den städtischen Gewerbet, mit der auf dem Lande. Dementsprechend: Kampf gegen den Grundbesitz, für eine großzügige Landkolonisation.

4. Für einen lebenskräftigen Idealismus, der alle Klassen der Nation verbindet, gegen einen geistlosen Materialismus, der im Menschen nur eine Maschine sieht.

Diese Resolution wurde beschlossen aus Angst vor der „Gefahr“, daß der riesige Apparat der Sozialdemokratie alle Arbeiter an sich reiße. Wo aber Angst ist, da ist auch Gefahr. Jedenfalls auch für den neuen Reichsverein, der sie nicht zu bannen imstande sein wird.

Was bringt der Tabak dem Reiche.

Die Zoll- und Steuereinnahmen des Reiches vom Tabak sind im Laufe der letzten zehn Jahre um rund 150 Prozent gewachsen. Im Rechnungsjahr 1911/12 hat das Reich netto 165 Millionen Mark Zoll und Steuer vom Tabak erhoben gegen 68 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1901/02. Dabei hat während dieses Zeitraumes der Konsum pro Kopf nicht etwa zu sondern abgenommen.

Die Steigerung der Tabakbesteuerung zeigt folgende Tabelle:

	1901/02	1911/12
Zoll auf Rohtabak	51,9	109,2
Zoll auf Zigarren und Zigaretten	2,1	8,8
Zoll auf andere Tabakfabrikate	1,2	1,2
Tabaksteuer	12,9	11,5
Zigarettensteuer	—	34,4
Zoll und Steuer vom Tabak	68,1	165,1

Kein Artikel der indirekten Besteuerung hat im Laufe des letzten Jahrzehnts eine solche steuerliche Mehrbelastung erfahren wie der Tabak. Auf den Kopf der Bevölkerung ist die Einnahme aus der Tabakbesteuerung gestiegen von 1,20 M auf 2,52 M pro Jahr.

Der Zoll auf Rohtabak hat sich durch den im Jahre 1909 eingeführten 40prozentigen Wertzuschlag mehr als verdoppelt. Die Zolleinnahme aus Zigarren und Zigaretten haben sich vervierfacht. Auf Zigarren ist im Jahre 1909 ebenfalls ein 40prozentiger Wertzuschlag eingeführt worden. Der Zoll auf Zigaretten wurde schon im Jahre 1906 erhöht. Auch die übrigen Tabakfabrikate haben im Jahre 1909 eine Zollerhöhung erfahren; doch ist hier die Einfuhr zurückgegangen, so daß eine Vermehrung der Zolleinnahmen nicht eingetreten ist. Vermindert hat sich die Einnahme aus der Steuer von inländischem Rohtabak wegen des Rückganges der einheimischen Tabakproduktion. Die im Jahre 1906 eingeführte und 1909 erhöhte Zigarettensteuer hat bisher eine von Jahr zu Jahr steigende Einnahme gebracht.

Rundscha.

In der Schlichtung der Beamtenorganisationen ist die preussische Eisenbahnverwaltung seit Jahren so ziemlich ohne Beispiel. Es war beabsichtigt worden, nach dem Muster des schon bestehenden Kartells der mittleren Eisenbahnbeamten auch einen Bund aller Eisenbahnbeamtenorganisationen zu gründen. Noch bevor die Gründung erfolgen konnte, ist die Eisenbahnverwaltung bereits eingegriffen, indem sie die Einholung der behördlichen Genehmigung durch ein besonderes Gesetz verlangte. Nachdem ihr ein entsprechendes Gesetz vorge-

legt worden war, verweigerte sie jetzt die Genehmigung, weil, wie sie erklärte, der Bund überflüssig und nur geeignet sei, das gute Einvernehmen zwischen Eisenbahnverwaltung und bereits bestehenden Fachvereinen zu stören. — Man behandelt hier Beamte wieder wie Kinder.

Kruppsche Wohlthat für die Gelben. Unter dem Datum vom 5. August hat die Firma Krupp folgendes Schreiben an ihren getreuen gelben Werkerverein gerichtet:

„An der Vorstand des Nationalen Arbeitervereins Werk Krupp, Essen.“

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir aus Anlaß des bevorstehenden Jubiläums der Firma beschlossen haben, vom kommenden Jahre ab Erholungsurlaub für ältere und bewährte Arbeiter der Gießerei- und Maschinenfabrik einzuführen. Ein von Herrn und Frau Krupp von Bohlen und Halbach zur Verfügung gestellter größerer Fonds soll dazu dienen, den Lohn während des Urlaubs fortzuzahlen.

Es hat uns hierbei die Ueberzeugung geleitet, daß weite Kreise der Werksangehörigen, insbesondere aus Ihrem Verein, derartige vom Arbeitgeber geschaffene Einrichtungen in richtiger Weise aufnehmen und zu schätzen wissen, und wir freuen uns, daß dadurch eine schon vor einiger Zeit von Ihrem Vorstand gegebene Anregung verwirklicht wird.

Da unsere Absicht erst beim Jubiläum zur Kenntnis der Werksangehörigen gebracht werden soll, so bitten wir Sie, auch Ihrerseits vorher nichts darüber bekanntzugeben.

Hochachtungsvoll

Friedr. Krupp, Aktiengesellschaft.

Das Direktorium.

Sagenberg, Vielhaber.“

Die Firma Krupp bleibt sich stets getreu. Brüste Abweisung und Nichtachtung von Forderungen, wenn sie von den ernsthaft zu nehmenden Arbeiterorganisationen ausgehen, „Gefahr“ und „Wohltat“ denjenigen, die in Liebedienerei vor der Firma fast erstarben.

Wo sollen die Arbeiter, d. h. solche, die sich bewährten, vom kommenden Jahre ab Ferien erhalten, besonders die Mitglieder des gelben Werkervereins, die die Ferien benutzen werden, das Lob der Firma doppelt stark zu bestärken. Dem Verdienste seine Krone! Die übrigen Arbeiter, die mehr auf Menschenrechte, gute Behandlung, gute Löhne setzen, die sich nicht wie unmündige Kinder bevorzugen lassen, können sehen, wo sie bleiben, die erhaltenen Ferien, wenn sie gestorben sind. Die Firma Krupp teilt Gaben aus, aber sie weiß zu sonderbaren, daß graubärtige Menschen hierbei möglichst übergegangen werden. So war es immer.

Zur Angestelltenversicherung. Gegenüber der Annahme, daß für Angestellte mit einem Einkommen bis zu 2000 M, für die Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu zahlen sind, in Zukunft eine doppelte Belastung dadurch eintreten wird, daß auch noch Beiträge für die Unfallversicherung zu entrichten sind, wird offiziös geschrieben:

„Das Angestelltenversicherungsgesetz hat für Arbeitgeber und Angestellte eine gleiche Belastung von 1,4 Prozent des Dienstverdienstes festgesetzt. Da nun aber die Angestellten mit einem Einkommen bis zu 2000 M auch für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Beiträge zu zahlen haben, so würde für sie eine Belastung von mehr als 4 Prozent ihres Dienstverdienstes eintreten. Um dies zu vermeiden, sind bei der rechnerischen Grundlage durch entsprechende Ermäßigung die Leistungen so bemessen, daß durch die 8 Prozent zugleich der Beitrag zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung mit gedeckt wird, die ja ähnlicher Fürsorgezwecken dienen. Dies ist dadurch erreicht worden, daß man der Berechnung der 8 Prozent des Einkommens ein geringeres Gehalt zugrunde gelegt hat, als die Versicherten innerhalb der betreffenden Gehaltsstufen tatsächlich haben. Für jede Gehaltsstufe ist bekanntlich ein Mittel festgestellt, dessen Satz allen Einkommensstufen, die in einer Gehaltsklasse vorkommen können, am meisten gerecht wird. Unter Berücksichtigung der in Abzug zu bringenden Beiträge der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind daher für die einzelnen Gehaltsklassen folgende Durchschnittssätze angenommen: A. 240 M, B. 480 M, C. 720 M, D. 1020 M und E. 1440 M. Hierdurch ist erreicht worden, daß von den 8 Prozent, die von dem Einkommen für die Angestelltenversicherung zu zahlen sind, tatsächlich die Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in Abzug gebracht sind.“

Es wird ein Hammer und sehr beschämend für die gegebene Faktoren, bezw. die „maßgebenden“ Elemente: da werden sehr wichtige und in viele Interessen tief einschneidende Gesetze gemacht, die an unerhörter Unklarheit und Unbestimmtheit leiden, so daß die Kunst der Auslegung und Ausfertigung sich an ihr erproben muß. Gerade in dem hier in Rede stehenden Punkte kann eine sehr verschiedene Deutung Platz greifen.

Gesetze, die nicht fähig sind, klare, ohne weiteres verständliche, Mißdeutungen ausschließende Gesetze zu machen, sind Pfuscher, denen das Volk das Handwerk legen sollte. Trotz der dringenden Abmachungen der Sozialdemokraten haben die bürgerlichen Parteien das Angestelltenversicherungsgesetz rücksichtslos durchgepeitscht. Die Arbeit ist denn auch danach.

Die Streichhölzer werden noch teurer. Die erbärmlichste Arbeit hat der verlorene schwarze Steuerblock, gemeinsam mit der Regierung, zweifellos damit geleistet, daß er die Steuer auf Streichhölzer beschlossen hat. Nicht nur, daß eine Menge Arbeiter dadurch brotlos wurden, trifft diese Steuer gerade die minderbemittelten Klassen am allerhöchsten. Der Verbrauch ist naturgemäß ganz enorm zurückgegangen, die Monopolstellung, die den Fabriken eingeräumt wurde, konnte ihnen nach dieser Richtung hin nichts helfen. Die Fabriken versuchen sich nun auf andere Weise brotlos zu halten, sie haben die

Verkaufspreise erhöht. Zwar trifft auf 10 Schächeln nur 1 S, aber es ist eine bekannte Erfahrung, daß im Kleinhandel die Bruchteile eines Pfennigs stets voll aufgerundet werden. Es ist also eine erhebliche Steigerung der Verkaufspreise zu erwarten. Also, Michel, zahl!

Die Ursachen des Grubenunglücks in Gerthe. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt: Nach unseren eingehenden Erkundigungen bei allen Bergleuten, die mit den Betriebsverhältnissen genau vertraut sind, hat die Explosion mit hoher Wahrscheinlichkeit ihren Ausgang genommen in einem Querschlagbetrieb (Bohrbetrieb) des Steigers Raßmann auf der dritten Sohle. Man fand diesen Steiger samt den Arbeitern des fraglichen Betriebes tot im Flöz 11, dritte Sohle, woraus zu schließen ist, daß von ihnen eine Anzahl Schüsse zur Explosion gebracht worden sind. Jedemfalls haben diese Schüsse die angeammelten Schlagwetter zur Explosion gebracht.

Alles das ist zu verstehen. Kleinere Explosionen werden sich wohl auch nie ganz verhindern lassen. Warum aber blieb die Explosion nicht auf ihren Herd und die nächste Umgebung beschränkt? Wie konnte sie eine so gewaltige Ausdehnung annehmen? Wie konnte sie sich, dem Wetterstrom entgegen, auf die darunter, zwischen der vierten und dritten Sohle liegenden Reviere der Steiger Middelman und Kühn ausbreiten? Das war nur möglich, wenn die Voraussetzungen, trockener Kohlenstaub und Schlagwetteransammlungen, auch in anderen Betriebspunkten vorhanden waren. Und diese waren vorhanden, so daß erfahrene Arbeiter und sogar Beamte eine solche Katastrophe seit langem befürchteten.

Aber es scheint, daß man auf „Bothringen“ diese Gefahren nicht würdigte. Anders läßt sich auch ein Vorgang nicht erklären, der sich Anfang dieses Jahres zutrug. Arbeiter im Revier des Steigers Middelman hatten ihre Arbeit verlassen, weil sich dort Schlagwetter zeigte, und waren heruntergekommen in den Querschlag auf der vierten Sohle. Sie wurden aber vom Steiger Werntgen mit den Worten zurückgewiesen:

„Ihr seid wohl verrückt geworden! Wollt ihr machen, daß ihr wieder heraufkommt?“

Und die Arbeiter gehorchten, sie beugten sich, weil sie Entlassung und Maßregelung fürchteten.

Der Sicherheitsmann hat sich auch wegen der hohen Temperatur mit Fahrsteiger Gieselmann einige Male unterhalten. Dieser hat wiederholt gesagt:

„So kann es in diesem Revier bald nicht weitergehen. Hier müßte ein Luftschacht niedergebracht werden. Die vorhandene Luft ist zu wenig und reicht nicht zur Vernetzung der vorhandenen Betriebspunkte aus.“

Der entsetzliche Umfang der Katastrophe ist schon danach auf das Konto der auf „Bothringen“ herrschenden Verhältnisse zu setzen.

Eine neue Massentatastrophe im Industriebezirk.

26 Arbeiter verschüttet, 11 Tote und 2 Schwerverletzte geborgen. Der Tod hält auf dem Schlachtfeld der Arbeit gewaltig Ernte. Kaum haben sich die Grabbägel auf den Massengräbern von „Bothringen“ gewölbt, als schon erneut die erschütternde Kunde von einem Massenunglück aus Dortmund in alle Welt ergeht. Auf dem Eisen- und Stahlwerk HbSch sind von einer niedergehenden Wand, schwerer Rettungsarbeit konnten 11 entsetzlich verblümmelte Leichen und 2 Schwerverletzte geborgen werden. Etwa 10 Arbeiter liegen noch unter den Halben-Trümmern.

Die Künstler gegen Konsumvereine. Der Handwerker- und Gewerbelammeritag fand in Würzburg statt. Natürlich tüteten die rückständigen Künstler ins Horn der Scharfmacher und wünschen ein Arbeitswilligenschutzgesetz, die armen Schuderl! Dann beschlossen sie folgende Resolution:

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbelammeritag sieht sich auf Grund der von ihm angestellten Untersuchungen über die dem Handwerk durch die Konsumvereine zugefügten Schädigungen gezwungen, energische Stellung zu nehmen gegen die Auswüchse des Konsumvereinswesens. Er hält an gesetzlichen Maßnahmen für erforderlich: 1. Die Gründung neuer Konsumvereine für Beamte von der Bedürfnisfrage abhängig zu machen. 2. Verbot der Beteiligung von Beamten an der Verwaltung von Konsumvereinen. 3. Die Gründung neuer Werklohnanstalten, d. h. Konsumanstalten für private Betriebe, wie in Frankreich, gesetzlich zu verbieten. 4. Gesetzliches Verbot an die Konsumvereine und Konsumanstalten, selbstproduzierte Waren an Nichtmitglieder zu verkaufen. 5. Verbot des Lieferantengeschäfts. 6. Einführung einer progressiven Umsatzsteuer zur Ergänzung der im Sinne des Antrages Hammer abgeänderten Einkommensteuer. 7. Strenge Handhabung der Bestimmungen der Gewerbeordnung hinsichtlich der Konsumgenossenschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Weshalb fordern die Herren nicht gleich das Verbot der Konsumvereine? Es geht doch in einem Hin.

Die Armen können den Niemen wieder etwas enger schnallen. Auf dem Berliner Viehmarkt ging am Mittwoch der Höchstpreis für Schweine pro Zentner Schlachtgewicht auf 86 Mark. Trotz derartig noch nie dagewesenen hohen Preisen genügte, wie die „Allgem. Fleischerzeitung“ mitteilt, die Zufuhr dem Bedarf nicht. Am 12. August wurde als Höchstpreis 64 M notiert. In den letzten Tagen ist der Preis für Schweine also um 35 Prozent gestiegen. Und die Regierung? Sie läßt sich nicht bemühen, auch nur das mindeste zu tun, um einem ungeheuren Notstand vorzubeugen. Der Reichstag ist nicht versammelt, und von anderer Seite haben die Mitglieder der Regierung nicht zu befürchten, daß sie aus ihrer Ruhe aufgeschreckt werden.

Der Pfarrer gegen die freie Gewerkschaft. Im vorigen Jahre gelang es dem Brauer- und Mühlenarbeiterverband, das Personal der Klosterbrauerei S a d m e r s leben zu organisieren und darauf einen für das Personal vorteilhaften Tarif mit der Brauerei abzuschließen.

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 34

Sonntag, den 25. August

1912.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Eine günstige Wirtschaftsentwicklung ist nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. In Jahren schwerer industrieller Krisen kamen die Gewerkschaften nur mäßig vorwärts oder sie gingen gar in den Mitgliederzahlen etwas zurück. Auf die gute Geschäftskontinuität des Jahres 1911 ist daher zum großen Teil die erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu rechnen. Unsere Gewerkschaften haben mit Ausnahme des Jahres 1906 noch nie einen solchen Zuwachs zu verzeichnen gehabt, wie im Vorjahr. Die Mitgliederzahl der Zentralverbände betrug nach der sechsten im Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlichten Statistik im Durchschnitt des Jahres 1910: 2.017.293, 1911 dagegen 2.820.986. Die Zunahme beträgt 15,05 pZt. gegenüber 10,07 pZt. im Jahre 1910. Etwas höher als die Jahresdurchschnittsziffer ist die am Jahresabschluss 1911 von den Gewerkschaften erreichte Mitgliederzahl. Daraus ergibt sich, daß unsere Zentralverbände die Zahl von 2,4 Millionen Mitgliedern überschritten haben. Sie zählten am Ende des Jahres 2.400.018 Mitglieder gegen 2.128.021 am Ende des Vorjahres. Das Mehr beträgt hier 271.997. — Die Mitgliederzahl der Verbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören, ist um 21.447 höher, betrug also Ende 1911 2.421.466. Das Mehr entfällt auf die beiden Verbände der Landarbeiter und der Hausangestellten, die zum ersten Male in der Statistik geführt werden, wenn auch nicht als Gewerkschaften im engeren Sinne des Wortes. Die Zunahme der Mitgliederzahl dieser beiden Verbände im Berichtsjahre betrug 7005.

Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat sich seit dem Jahre 1899, dem Jahre des tiefsten Standes, mehr als verdreifacht. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Hirsch-Dunderschen und der christlichen Gewerkschaften ergibt, daß seit 1900 die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften um 17,5 pZt., die der christlichen Gewerkschaften um 118,4 pZt. vermehrte, dagegen stieg bei der Zentralverbände um 24,1 pZt., mit Hinzurechnung der Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter sogar um 248,9 pZt.

Durch den Zusammenschluß des Maurerverbandes und des Bauhilfsarbeiterverbandes zu einem Bauarbeiterverband, und durch den Anschluß der Isolierer an diesen großen Verband, wurde die Zahl der der Generalkommission angeschlossenen Verbände um zwei verringert. Nur vier Verbände wiesen unbedeutende Rückgänge ihrer Mitgliederzahlen auf. So zählten die Rührer 180, die Lithographen 188, die Schiffszimmerer 404 und die Xylographen 17 Mitglieder weniger als im Vorjahre, zusammen eine Abnahme von 787, der eine Zunahme von 304.475 in den übrigen Verbänden gegenübersteht.

Nach der Höhe der Mitgliederzahlen geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1911 Mitglieder: Metallarbeiter 494.177, Bauarbeiter 290.186, Fabrikarbeiter 182.902, Transportarbeiter 181.570, Holzarbeiter 176.888, Textilarbeiter 126.547, Bergarbeiter 120.976, Buchdrucker 69.903, Zimmerer 58.745, Maler 47.315, Schneider 46.634, Schuhmacher 45.841, Brauerei- und Mühlenarbeiter 45.289, Gemeindefreie 43.808, Tabakarbeiter 34.993, Buchbinder 29.599, Steinarbeiter 26.871, Bäcker und Konditoren 26.218, Maschinenisten 23.095, Lithographen 17.029, Buchdruckhilfsarbeiter 16.805, Glasarbeiter 16.228, Schmiede 16.082, Porzellanarbeiter 15.691, Lederarbeiter 15.289, Handlungsgehilfen 14.977, Sattler und Portefeuliers 13.540, Gastwirtsgehilfen 12.899, Läufer 12.024, Steinseger 10.706, Steinarbeiter 10.402, Hutmacher 9922, Lazaretter 9871, Böttcher 8280, Dachdecker 8209, Bureauangestellte 6572, Gärtner 6113, Kupferschmiede 4807, Fleischer 4765, Glaser 4613, Rührer 4189, Bildhauer 8728, Schiffszimmerer 3666, Zigarrensortierer 3172, Lagerhalter 2628, Friseur 2170, Zivilmusiker 1886, Asphaltreue 1118, Blumenarbeiter 1076, Xylographen 453 und Notensteher 442. Dazu kommen die Landarbeiter mit 13.228 und die Hausangestellten mit 5571 Mitgliedern.

Gefreudlich ist die seit Jahren stetige Zunahme der Zahl der organisierten Arbeiterinnen. Sie war im Berichtsjahr prozentual (18,4 pZt.) sogar noch ein wenig höher wie die allgemeine Mitgliederzunahme; 191.882 weibliche Mitglieder wurden 1912 gezählt, gegenüber 161.512 im Jahre 1911. Von unseren 51 Verbänden zählen 18 keine weiblichen Mitglieder. Es hatten weibliche Mitglieder: Textilarbeiter 45.651, Metallarbeiter 25.103, Fabrikarbeiter 21.853, Tabakarbeiter 16.870, Buchbinder 14.127, Schneider 9683, Buch- und Steindruckhilfsarbeiter 9323, Handlungsgehilfen 8679, Schuhmacher 7939, Transportarbeiter 6475, Holzarbeiter 5819, Hutmacher 4414, Bäcker und Konditoren 3786, Porzellanarbeiter 2290, Rührer 1451, Gemeindefreie 1169, Sattler und Portefeuliers 1161, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1154, Lederarbeiter 1096, Zigarrensortierer 953, Gastwirtsgehilfen 744, Glasarbeiter 705, Blumenarbeiter 567, Bureauangestellte 206, Lagerhalter 154, Lazaretter 129, Fleischer 108, Steinarbeiter 62, Maler 81, Gärtner 17, Lithographen 9, Friseur 1 und Glaser 1.

Die Einnahmen und Ausgaben haben absolut zugenommen, auf den Kopf des Mitgliedes aber berechnet blieben sie hinter denen des Vorjahres zurück. Die Ausgaben gingen verhältnismäßig mehr zurück, waren doch umfangreiche Kämpfe, wie 1910 die Bauarbeiterausperrung, nicht zu verzeichnen. Dadurch hat sich der durchschnittliche Kasseebestand etwas erhöht. Die Gesamteinnahmen beziffert sich auf 72.086.957 M. (im Vorjahre 64.872.190 M.), die Gesamtausgaben auf 60.025.080 M. (im Vorjahre 57.926.566 M.), und die Vermögensbestände auf 52.105.821 M. (im Vorjahre 52.575.505 M.). Auf den Kopf der Mitglieder entfielen an Einnahmen 31,06 M., an Ausgaben 25,86 M. und an Vermögen 23,76 M. Die Steigerung der durch regelmäßige Beiträge erzielten Einnahmen hat auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht. Während z. B. im Jahre 1907 erst 25 pZt. der Verbände einen Wochenbeitrag von über 50 M. erhoben, haben ihn heute nahezu die Hälfte aller Gewerkschaften; und rund 46 pZt. aller Mitglieder zahlen mehr als 50 M. Wochenbeitrag. Aus Beiträgen wurden über 57 Millionen Mark vereinnahmt, gegen 48 Millionen Mark im Vorjahr. Neben diesen Verbandsbeiträgen erheben die meisten Verbände noch keineswegs unerhebliche Beiträge für lokale Zwecke. 35,9 pZt. der Mitglieder waren mit 7.609.702 M. an solchen Lokalbeiträgen beteiligt.

Unter den über 60 Millionen Mark betragenden Ausgaben steht an erster Stelle die Streikunterstützung mit 16.700.000 M. Für Arbeitsunfähigen (Kranken)unterstützung wurden über 10 Mill. Mark für Arbeitslosenunterstützung über 6 Mill. Mark, für Reiseunterstützung 1.028.000 M. gezahlt. Für Unterstützungen an Kranken, Arbeitslose, Kranke, Gemahlsgehalte, bei Sterbefällen, im Hofällen und bei Umzügen wurden insgesamt 20.414.000 M. ausgegeben, während der Streiks im Verufe und in anderen Verufen insgesamt 17.903.000 M. Ausgaben entstanden. Die Ausgaben für Unterstützungsziele sind in den einzelnen Verbänden sehr unterschiedlich. So bewegen sich z. B. die Ausgaben für Unterstützungsziele (ohne Streikunterstützung) zwischen 0,98 M. (Handlungsgeh.) und 89,97 M. (Buchdrucker) pro Mitglied. Die Ausgaben für Reiseunterstützung variieren zwischen 0,02 M. (Schiffszimmerer) und 2,87 M. (Buchdrucker), für Arbeitslosenunterstützung zwischen 0,19 M. (Notensteher) und 14,81 M. (Xylographen), für Krankenunterstützung zwischen 0,86 M. (Stuttarter) und 15,30 M. (Buchdrucker), für Invalidenunterstützung zwischen 0,01 M. (Schiffszimmerer) und 22,75 M. (Porzellanarbeiter). Für Streiks im Verufe schwanken die Ausgaben von 0,01 M. (Buchdrucker) und 51,16 M. (Zigarrenarbeiter). Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung kommt in den Verbänden immer mehr zur Geltung. Arbeitslosenunterstützung wird in

42 Verbänden, Reiseunterstützung in 89 Verbänden gezahlt. Innerhalb 20 Jahren haben die Verbände 59 Millionen Mark für diese Unterstützungsziele aufgebracht.

Von den gegnerischen Gewerkschaften wird berichtet, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften durch den Rücktritt des Vereins deutscher Kaufleute einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten haben. Die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften ging von 122.571 im Jahre 1910 auf 107.743 im Jahre 1911 zurück. Für diesen Mitgliederchwund wird im Rechenschaftsbericht des Verbandes ein wenig überzeugender Grund angegeben. Von rechts und links würden die braven Hirsch-Dunderschen bedrängt, sozialdemokratische und christliche Gegner seien wenig wählerisch in ihren Mitteln und mancher Arbeiter müßte entgegen seiner inneren Überzeugung einer den Hirsch-Dunderschen feindlich gesinnten Organisation beitreten, nur um seine Arbeitsstelle zu behalten. Was hier als der vielgerühmte Terrorismus gepriesen wird, ist sicher Selbstkennern der Arbeiter, die im Betriebe selbst davon überzeugt waren, daß nicht die hin- und herpendelnden Gewerkschaften, sondern unsere wirtschaftlich starken Zentralverbände geregelte Arbeitsbedingungen geschaffen haben.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichnen für das Berichtsjahr eine Zunahme von 45.823 Mitgliedern, darunter befinden sich allein über 27.000 Mitglieder weiblichen Geschlechts; ihre Gesamtmitgliederzahl stieg von 295.129 auf 340.957. Ihre größte Mitgliederzahl mit 88.688 entfällt auf die Bergleute, nach ihnen kommen die Textilarbeiter mit 42.897, die Metallarbeiter mit 41.253, die Bauarbeiter mit 39.955 Mitgliedern auf.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911, unter dem Eindruck des Konflikts mit der römischen Kirche geschrieben, sucht die Existenz der christlichen Gewerkschaften als eine wirtschaftliche und soziale, sowie staatliche Notwendigkeit zu erweisen, und zwar ganz besonders im Hinblick auf das Wachstum der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. Das „Korrespondenzblatt“ meint treffend dazu: „Besser kann die Mangelhaftigkeit der christlichen Gewerkschaften kaum begründet werden als durch diese Tatsachen. Seit 1899, dem Gründungsjahr des christlichen Gesamtverbandes, sind 350.000 christliche Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften zusammengekommen. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der freien Gewerkschaftsmitglieder um 1.841.000 vermehrt, also um das 5 1/2-fache des gesamten christlichen Mitgliederstandes. Und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen stieg von 1898 bis 1912 von 2.107.100 auf über 4 1/4 Millionen Stimmen, also auf das Doppelte, während die Wähler der Zentrumspartei nur von 1.752.000 auf 2.035.200 wuchsen, also noch nicht einmal um soviel, als die Zahl der christlich organisierten Arbeiter beträgt. Das ist in der Tat das vollständige Fiasko der christlichen Gewerkschaftsbewegung und man kann es den kirchlichen und politischen Gründern derselben von ihrem Standpunkte aus nicht vorwerfen, wenn sie mit der Entwicklung der interkonfessionellen Gewerkschaften so wenig zufrieden sind und zur Organisation der konfessionellen Arbeitervereine zurückkehren möchten. Die christliche Gewerkschaftsorganisation hat selber mehr den freien Gewerkschaften noch der Sozialdemokratie wesentlichen Abbruch tun können, obwohl sie die Arbeiterinteressen vielfach ganz erheblich geschädigt hat, vor allem durch ihr wenig zuverlässiges Verhalten in Lohnkämpfen. Durch ihre Streikbrüchigkeit hat sie in erster Linie sich selbst geschädigt, indem sie dadurch die christlich für die Verbesserung ihrer Lage wirkenden Arbeiterkräfte von sich abdrängt. Das erklärt auch ihr verhältnismäßig langsames Wachstum, daß sehr wenig ihrem günstigen Refertationsgebiet und ihrem und ihrer bescheidenen Kreise Kräfteaufwand entspricht.“

Die Mitgliederzahl der unabhängigen Vereine hat sich von 253.020 im Jahre 1910 auf 272.517 im Jahre 1911 gehoben. Eine größere Bedeutung kommt neben der Polnischen Berufsvereinigung mit 57.988 Mitgliedern nur dem Berliner (früher Trierer) Eisenbahnhandwerkerverband mit 92.000 Mitgliedern, dem Bayerischen Post- und Telegraphenarbeiterverband mit 13.095 Mitgliedern und dem Allgemeinen Deutschen Musikerverband mit etwa 13.000 Mitgliedern, sowie dem Badischen Eisenbahnerverband mit 11.652 Mitgliedern zu. Der modernen Arbeiterbewegung etwas näher stehen der Sächsisch-Preussische Eisenbahnerverband mit 11.515 und der Solinger Industrie- und Kinnogangestellen mit 400 Mitgliedern. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung zählte im Jahre 1911 also 3.042.204 Mitglieder und hatte eine Zunahme von 354.185 Mitgliedern. Ihre Gesamteinnahmen betragen, ausschließlich der unabhängigen Vereine, 80.953.814 M., ihre Gesamtausgaben 67.629.149 M. und ihre Vermögensbestände 70.878.305 M. Eine Zunahme an Mitgliedern verzeichnen die Zentralverbände mit 303.688 = 15,05 pZt., die christlichen Gewerkschaften mit 45.823 = 15,53 pZt., während die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften um 14.828 = 12,10 pZt. zurückgingen. — Die Organisationen der Privatangestellten hatten nach dem „Reichsarbeitsblatt“ in 62 Verbänden 822.604 Mitglieder. Und die Wirtschaftsfriedlichen Vereine (Gelbe und Vaterländische) 162.262 (1910: 121.126).

Noch in keinem Jahre ist der Ansturm unserer Feinde gegen die freien Gewerkschaften so heftig gewesen wie im vergangenen. Die Scharfmacher schreien nach gesetzlichen Verdrückungsmaßnahmen gegen unsere Gewerkschaften. Dürftige Hand dazu bieten ihnen mehr oder minder offensichtlich die gegnerischen Gewerkschaften. Und der Erfolg? Eine fast nie dagewesene starke Fortentwicklung der zentralisierten Gewerkschaften! Am selbstgeleiteten Bau dieser einheitlichen Organisation geschehen alle Scharfmacherreien und Zersplitterungsversuche. —

Tabakarbeiterverhältnisse in Strassburg.

In zwei vorausgegangenen Berichten behandelte ich die Verhältnisse in der kaiserlichen Tabakmanufaktur. Für heute will ich einiges aus der Elässischen Tabakmanufaktur, Altengesehlich, bringen. Diese Wochensöhne werden für eine Anzahl von Sorten komplizierter Fassons 4 M. für Torpedo 4,22 M. für Import-Fassons 5 M. und 5,20 M. gezahlt. Die Löhne der Widelmacher betragen 2,80 M. 3, 3,50 und 4 M. pro Wille. Das Umblatt müssen sich die Widelmacher selbst zubereiten. Für Handjagillos wird 3 und 3,50 M. gezahlt. Werden bei diesen Sorten Maschinenmittel verwendet, so lohnt es 1,80, 2 und 2,90 M. pro Wille. Die Deckblattmacherinnen erhalten für ein Kilo mit der Rippe aufgebretet 28 M. und für ein Kilo Stapel, ohne Rippe aufgebretet, 50 M. Die Einlagestreiferinnen erhalten für große Tabake 16 M. und für kleine Tabake 20 M. für ein Kilo, feuchtgeweicht.

Das Straffsystem beim Tabakverbrauch steht auch hier in voller Blüte. Wird die gewünschte Anzahl nicht herausgeschunden, dann kostet es 50 M. Strafe. Diese Strafgelder werden als Prämien an die sparfamsten Arbeiterinnen verteilt. Durch diese Prämien verhindert die Verwaltung eine Einigkeit unter den Arbeiterinnen und stiftet Anfeindungen und Geshässigkeiten im höchsten Maße.

In der Sortierabteilung sind ebenfalls traurige Verhältnisse; es wird dort in lech Farben sortiert; das Einlegen in Kisten, Benageln der Kisten und das Hinzufügen zum Lager muß mit Befragt werden. Die Firma zahlt dann für Lose 1/10-Padung 50 M., für 1/20-Padung 80 M. und für 1/100-Padung 1 M. pro Wille. Für jüngere Bunde in 1/100-Padung zahlt sie 70 M. pro Wille. Für Bunden der Bunden mit pro Wille 1 M. gez.

Im Betrieb Neuborf wird die Zigarettenfabrikation betrieben. Für Handmaschinenzigaretten lohnt es 1 bis 1,120 M. pro Wille. Die Maschinenarbeit wird nach Gewicht entlohnt. Es wird für Zigaretten von der alten Maschine für ein Kilo 10 M., von der neuen Maschine nur 8 M. pro Kilo gezahlt. Wegen Säuberung der Maschinen müssen die Arbeiterinnen täglich zwei Stunden pausieren, ohne Bezahlung zu erhalten.

Das Ausstreifen der Tabake geschieht in Alford und wird für ein Kilo 5 M. gezahlt. Bei feineren Sorten sind die Ripperinnen im Tagelohn beschäftigt; es werden nachstehende Löhne pro Tag gezahlt: 1,20, 1,40, 1,60, 1,70, 1,80 bis 2,20 M. Die Abkantung des Lohnes richtet sich nach der zur gelegenen Beschäftigungsdauer. Auch in den Padereten wird der Lohn nach Gewicht berechnet; die Sätze sind folgende:

Für 10 Kilo 1000 Padung	0.60 M.
" 10 " 20 "	1.80 "
" 10 " 20 " Stanjol	2.50 "
" 10 " 20 " Stuis	1.70 "
" 10 " Hand 20 Padung	2.50 "
" 10 " " 20 "	2.30 "
" 10 " " 15 "	2.50 "
" 10 " " 10 "	2.50 "
" 10 " " 8 "	2.00 "
" 10 " " 8 " Taschen	3.00 "
" 10 " " 10 "	1.50 "

Man rechnet auf ein Kilo 50 Fäden; diese werden meist zweimal verpackt, erst in Stanjol und dann in Papier. Ferner muß das Etikettieren und auch das Pambereitieren für den angegebenen Lohn besorgt werden.

Die Kistenmacher bekommen für 1000 Stück Kisten der Sorten Elegantes 5,20 M., für die Sorte Rothhänel 4,80 M.

Auch in der Rauchtabakfabrikation sind miserablen Alfordlöhne zu verzeichnen. Man zahlt hier für 100 Kilo 100-Gramm-Padung ganze 2,20 M., für 100 Kilo 50-Gramm-Padung 4,30 M., für 100 Kilo 250-Gramm-Padung 1,20 M.

Die Tabakmischer bekommen pro Tag 3,80 M. Die Tabak-schneider 3,40 und 3,80 M. Die Tagelohnarbeiter unter 16 Jahren bekommen für den Tag 1,20, 1,40 und 1,50 M.; die älteren Arbeiter 2,70 und 2,80 M.

Bei solchen Löhnen hagelt es noch bei jeder kleinen Verfehlung hohe Strafen. Auch müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen dem unwürdigen Zwang, sich nüttern zu lassen, unterwerfen. 15 Minuten vor Arbeitsbeginn müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen im Hof stehen, ohne Überdachung, bei jeder Pünktigkeit; dann tritt das Aufsichtspersonal an. Erst wenn diese Heerchau gefast, dürfen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Tor entfernen. Bei der Pünktlichkeit ist das Tor ganz geöffnet, so daß jeder Pünktliche der Strafe der Arbeiterinnen ebenfalls mittern kann. Dit jah ist bei dieser Gelegenheit Frauen im hochschwangeren Zustande im Regen stehen, so daß mir die Zornesröte ins Gesicht stieg. Die Antreiber standen lachenden Mundes dabei.

Der Speiseraum dieser Firma, Betrieb Kuppelhof, gleicht einem unauberen Loch und befindet sich im Erdgeschob, er ist dunkel und es kann wenig Luft eindringen. Die Arbeiterinnen klagen über üble Gerüche und gehen lieber in eine nahegelegene Wirtschaft, was natürlich mit Ausgaben verknüpft ist. Auch in punkto Befolgung der bundesrätlichen Vorschriften steht es in diesem Betriebe trübe aus, und ist Hilfe nötig.

Unter diesen trübeligen Arbeitsverhältnissen freiteten die Straßburger Kollegen und Kolleginnen ihr Leben, bis ihnen endlich im Anfang dieses Jahres der Wagen zu stramm gespannt erschien. Am Schlusse des Jahres 1911 waren es nur ganze 16 Mitglieder, dann aber stieg die Zahl rapide; im März legten circa 190 Arbeiterinnen ohne das Einverständnis der Organisation die Arbeit nieder. Es gelang jedoch, die Kolleginnen zu überzeugen, daß ohne eine Verbandsunterstützung kein Kampf zu führen sei. Dieses verstanden nun auf einmal die eben erst dem Verbands beigetretene Kolleginnen. In einer mit der Firma gepflogenen Aussprache wurden Forderungen zur Lohnregulierung gemacht, die dann auch in ganz minimaler Weise eintraten. Die Zahlstelle stieg an Mitgliederzahl fortwährend; von 16 wurden 50, von 50 wurden 100, dann 150, dann 200; am 3. Juni waren es 284, und Ende Juni nach der großen Versammlung im November stieg die Mitgliederzahl auf 336. Jetzt sind schon 500 Mitglieder in Straßburg. Dem Gewissen haud, jetzigen Gewissen des Verbandsverbandes, der uns tapfer geholfen hat, wird der Erfolg als der beste Dank erscheinen.

Den Kolleginnen von Straßburg rufe ich zu: Der Stein ist im Rollen, er muß weiter rollen und alle Bedrückung in eurem Arbeitsverhältnis mit sich fortziehen, bis eine ordentliche Lohnzahlung erreicht ist und sämtliche Lebensbedürfnisse befriedigt sind. Nicht Ruhm noch Klaffen, die Reichen müssen getarnt werden! Der letzte Tabakarbeiter und die letzte Tabakarbeiterin muß zum Verband herangezogen werden! Erst dann könnt ihr bestimmen, was ihr wollt und wie eure Arbeitsstätte aussehen soll.

Adolf Heising.

Zur Hygiene in der Tabakfabrikation.

Von Dr. med. Hanauer.

In der Bundesratsverordnung vom 17. Februar 1907 wird für diejenigen Räume, in denen das Abstreifen von Tabak, das Wideln, Rollen oder Sortieren von Zigaretten vorgenommen wird, als wichtigste hygienische Bestimmung ein Mindestluftstrom von 10 cbm für jede beschäftigte Person gefordert. Diese Verordnung bedeutet einen wichtigen Fortschritt auf dem Gebiete der Gewerkschaftshygiene.

Andererseits aber ist, so führt Dr. Seyde (Berlin-Grünwald) in der „Concordia“ aus, die Rolle nicht zu unterschätzen, welche die Eigenart des sehr verschieden ausfallenden Rohstoffes, und vor allem die Temperatur und die Lage des Arbeitsraumes nach der Sonnenseite spielen. Die Bundesratsverordnung ist durchaus schematisch und erscheint bald zu rigoros, bald nicht ausreichend, namentlich im Sommer.

Wenn man bedenkt, daß 58 Prozent aller Todesfälle in der Tabakindustrie auf Lungenschwindsucht entfallen, so ist allen Bestrebungen, welche darauf hinauslaufen, der Staubentwicklung zu steuern, lebhaftes Interesse entgegenzubringen. Auf diesem Gebiete vermag aber, wie Dr. Seyde meint, keine zweite Erfindung an Wichtigkeit die sog. Saugtische zu übertreffen. Die wirtschaftlichen Vorteile liegen in der bedeutenden Rohmaterialersparnis, da das Deckblatt, auf die Mitte des Saugtisches gelegt, sich wie gekanntes Gummi über die Rante legt, so daß es bequem und ohne Ripperverluste durch Glätten mit einer kleinen Walze über das Blatt in der durch die Form der Rante gegebenen richtigen und regelmäßigen Größe ansfällt, ohne an die persönliche Geschicklichkeit des Arbeiters die geringsten Anforderungen zu stellen. Die hygienischen Vorteile liegen darin, daß der Exhaurator den Tabakblättern allen Staub entzieht und überhaupt die Luft der Arbeits-

raum ununterbrochen saubert; ihre Wirkung ist viel durchgreifender wie die einfachen Ventilatoren und setzt an der Quelle des Uebels, dem Tabakblatt selbst unmittelbar ein.

Die einzige deutsche Tabakfabrik, welche die Saugtüsche bisher angewandt hat, hat darum auch in ihren Arbeitsräumen einen musterwürdigen Zustand der Luft aufzuweisen. Räume, in denen hunderte von Arbeiterinnen sitzen, lassen von Tabakdunst kaum eine Spur verspüren. Der Einfluss auf das persönliche Wohlbefinden ist offensichtlich, die Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit von vornherein größer als in anderen Betrieben. Auch liegt in diesem Zustand ein Ansporn zur Sauberkeit überhaupt.

Endlich ist noch ein weiterer Vorteil der Saugtüsche und der durch sie herbeigeführten reinen Luft: Die Zusammenarbeit von Männern und Frauen kann auf ein sittliches Bedenken nicht mehr stoßen. Ueber den Wert und die Notwendigkeit einer Vorkaufsliste, die Männer und Frauen in den Zigarrenfabriken getrennt arbeiten sollen, ist man heute noch geteilter Meinung. Die Werkmeister z. B., die ja einigermaßen die Arbeiter beobachten können, sind nur zum Teile der Meinung, daß aus der unmittelbaren Zusammenarbeit beider Geschlechter sittliche Schäden erwachsen. Nebenfalls ist aber von vornherein klar, daß die Schäden durch Saugtüsche vermieden werden. Da die Frauenarbeit in den letzten 25 Jahren um 10 pZt. gegenüber der männlichen gestiegen ist und ihre drei Fünftel aller tabakindustriellen Tätigen stellt, so ist auch diese Frage nicht unwichtig. Freilich sind die Saugtüsche teuer und die Exhaustorenanlage lohnt sich nur für große Betriebe. Der hygienische Fortschritt ist in der Tabakindustrie ebenso wie auch der allgemeinen soziale und wirtschaftliche an die Entwicklung zum Großbetrieb geknüpft.

Weniger überschönwiegend urteilen die Mitteilungen der Zeitschrift für Gewerbehygiene in Frankfurt über die Saugtüsche. Sie erkennen den zur Herstellung des Deckblattes neuerdings in Aufnahme gekommenen Arbeitstischen bloß einen rein technischen und wirtschaftlichen Fortschritt. Auf dem Tische befindet sich eine Metallplatte, die in der Mitte einen scharfkantigen Rand von der Form eines Deckblattes trägt. Der Raum der Platte innerhalb des Randes ist durchlöchert und an eine Saugleitung angeschlossen. Die Arbeiterin legt das angefeuchtete Tabakblatt auf den Rand, stellt durch einen Fußhebel den Saugdruck an und schneidet das Deckblatt mittelst einer Walze, die über den Rand gleitet, aus. Beim Anheben des fertigen Deckblattes muß die Saugwirkung durch Loslassen des Fußhebels wieder aufgehoben werden. Die Herstellung des Deckblattes auf diesen Saugtischen stellt also keine Anforderungen mehr an die persönliche Geschicklichkeit der Arbeiterin und gestattet außerdem eine bessere Ausnutzung der Tabakblätter unter Vermeidung von Verlusten durch Risse. Hygienische Vorteile sollen dagegen aus folgenden Gründen nicht damit verbunden sein. Das Deckblatt muß feucht verarbeitet werden; der an ihm haftende Staub ist also gebunden. Der meiste Staub bei der Zigarrenfabrikation entsteht beim Wischen des Tabaks und bei der Herstellung der Widel. Eine Verbesserung der Raumluft kann nicht eintreten, weil die Saugwirkung der Tische nur in Tätigkeit ist, so lange das Deckblatt auf dem Rande des Tischalobus ruht, also den Saugtopf vollkommen abschließt. Zur Verbesserung der Raumluft befinden sich daher auch in den Betrieben, auf die sich die Mitteilungen Dr. Heydes beziehen, in den mit Saugrohren ausgerüsteten Arbeitsräumen gutwirkende mechanische Ventilationsrichtungen. Bei den Tabakarbeitern kommen nach Dr. Stephani in Mannheim so viele Einzelheiten der Fabrikationsart in Betracht, daß die Beschäftigung das eine Mal vollständig ungefährlich, das andere Mal erhebliche im Arbeitslokale liegende Gefahren birgt. In 119 Schnupftabakfabriken werden die Blätter so stark fermentiert, daß sie ihren Nitroingehalt vollständig verlieren und werden dann in feuchtem Zustande vermahlen, so daß bei dieser Fabrikationsweise gar kein Staub entsteht. Bei der Anfertigung der Rauchtabake werden Blätter und Rippen mit Maschinen feucht geschnitten. Das Trocknen und Reinigen geschieht auf verschiedenen Wegen, wobei der Staub mittelst Exhaustoren abgezogen wird. In der Zigarrenfabrikation werden ebenfalls Maschinen in ausgedehnter Weise benutzt, und die Tabake kommen in stark angefeuchtem Zustande zur Verarbeitung. Hier kommt also weniger die Staubentwicklung als die gewöhnlichen Nachteile der Sigarbeit bei den Verpackungsarbeiten in Betracht.

Genauere Angaben über den Staubgehalt der Luft in Tabakfabriken hat Heyde gemacht. In einem mit 21 Arbeitern besetzten Rohbau, der nach den gesetzlichen Bestimmungen einen Raum für 42 Arbeiter hatte, wurde in 3 m Höhe vom Boden auf 1 qm und einen Tag 0,563 gr Staub ermittelt. In einem zweiten Raum, der nur zur Pressen von Formen diente und von dem nebenanliegenden Arbeitsraum durch einen Abschlag getrennt war, fanden sich 0,2317 gr Staub. Ein Tabakhorsterraum mit ständigem durch Ventilator betriebener Lufterneuerung hatte in 3 m Bodenhöhe auf 1 qm und 1 Tag 0,8181 gr Staub. Zur Verhütung der Berufskrankheiten der Tabakarbeiter sind hohe, gut ventilierte Arbeitsräume und geringe Beleuchtung derselben erforderlich, was die Beschaffenheit der Arbeitsräume, besonders Einföhrung einer Scheidewand zwischen zwei sich gegenüber sitzenden Arbeitern zur Vermeidung der tuberkulösen Infektion durch Anhafter. Die Verordnung des Bundesrats von 1907 trägt diesen Erfordernissen mehr Rechnung als die Bekanntmachung von 1893. Dr. Stephani in Mannheim tadelt, daß einem von Werkmeister Dr. Schilling angelegten Tisch und Stuhl für Tabakarbeiter bis jetzt zu wenig Beachtung beigelegt wurde. Tisch und Stuhl gestatten eine aufrechte Haltung, eine freie Atmung, und die von den Entladungslüftung ausgehende Staubentwicklung wird vom Munde des Arbeiters möglichst fern gehalten. Die Arbeiter sind vom gegenseitigen Anhafter geschützt.

Neben den Verbesserungen der hygienischen Zustände in den Tabakräumen muß eine günstigere Gestaltung der sozialen Lage dazu beitragen, die in den Tabakbetrieben noch mancherorts herrschenden ungünstigen gesundheitlichen Verhältnisse günstiger zu gestalten.

Ich klage an!

Ein Breslauer Kollege schreibt uns: „Da ich als Breslauer Tabakarbeiter augenblicklich leider sehr viel Zeit habe, so will ich ein Erlebnis mitteilen. Wenn geeignet, mögen Sie es im Tabak-Arbeiter abdrucken.“

Proletariat auf der Landstraße.

„Es war im Sommer des Jahres 1901.“ — Die Sonne sandte glühende Strahlen auf die ausgedörrte Erde. In dem Dorfe, welches an der Landstraße lag, die von D. nach B. führte, auf dem Felde, kurz überall, war eine große Stille, die nur ab und zu von einem Gepan unterbrochen wurde, das mit Getreide vom nahen Felde kam.

Ich lag in meiner Stube, in Gedanken vertieft. Da plötzlich schrie draußen ein Junge: „Leute, seht mal, da will sich einer erhängen!“ Ich sprang auf, um zu sehen, was denn los sei. Als ich hinauskam, sah ich, wie ein Mann aus dem Volke an einem Aste baumelte.

In weitem Bogen um ihn herum standen schon Leute, die sich aber nicht getrauten, heranzugehen, da sie der Meinung waren, wie sie mir später berichteten, daß der Mann den Teufel im Leibe hatte.

Ich ging hin und schritt den Unglücklichen ab. Als er wieder zu sich kam, hatten die abergläubischen Menschen Mut und wollten den Armen verprügeln, weil er sich erschrecken wollte, sich gerade an dieser Stelle das Leben zu nehmen, so daß man am Ende noch für seine Beerdigung aufkommen mußte. Ich wehrte die aufgeregten Menschen, so gut ich konnte, ab. Der arme Mensch, der am ganzen Leibe zitterte, erzählte mir nun, daß er sich schon jahrelang auf der Landstraße befinde. Da er an Krämpfen leide, behalte ihn niemand lange in Arbeit, er werde immer wieder entlassen, sobald man sein Uebel gemahre.

Da habe er beschlossen, seinem Leben ein Ende zu machen. „Wenn Sie mich auch hier abgeschlitten haben, so mache ich es auf dem weiteren Wege“, schloß er.

Ich riet ihm, sich einer Anstalt anzuvertrauen; aber er wehrte ab, denn, wie er sagte, hätte er hier nichts mehr zu hoffen.

Er erhob sich und schleppte sich mit müden Schritten weiter. Ich konnte nichts für ihn tun, da meine Eltern arm und wir noch sechs Geschwister zu Hause waren.

Ich ging langsam meiner Wohnung zu, und dachte über die göttliche Belohnung nach.

Da z. B. Erlebnis ist zu Ende. „Noch ein paar Worte!“ Der Kollege wünscht seinen Empfindungen über seine eigene Lage Luft zu machen. Er mag es. Also:

„Ich schrieb zu Anfang von viel Zeit haben, aber so ein schlechtes Jahr wie dieses dürfte es ein zweites kaum gegeben haben. Da war es ja bald nicht so schlimm gleich nach der Finanzreform. Wochenlang aussetzen, verkürzt arbeiten, das ist hier in Breslau an der Tagesordnung. Die Firma Wardenwerper & Zilling (J. G. Peter) ist allzeit voran. Löhne bis herab zu 12 M die Woche, auch noch niedriger, sind hier gang und gäbe. Man zerbricht sich den Kopf, wie man die Differenz zwischen Lohn und Ausgaben weit machen soll. Miete hoch, Steuern hoch, Lebensmittel furchtbar teuer! Eine Gurke, die 15 S kostet, muß für 4 Personen zum Abendbrot reichen, es muß noch so viel davon übrig bleiben, daß es für den Ernährer zum zweiten Frühstück am nächsten Tage langt. Furchtbar!“

Und das alles genügt den Unternehmern noch nicht. Als schon die Kollegen bei oben genannter Firma aussetzen mußten, wurden immer noch Leute eingestellt, „zum Ausklauben“, wie sich der Meister ausdrückte, d. h. man wollte die Böde von den Schafen sondern. Was brauchen die Tabakarbeiter auch mehr Lohn! Aber ich will hoffen, daß sich die Kollegschaft genannter Firma nächstens besser vorzieht, damit so etwas nicht mehr vorkommen kann. Es darf nicht wieder vorkommen.“

Ihr Herren Unternehmer, ihr Leute von Besitz und satter „Lugend“, könnt begreifen, wie dem Schreiber vorstehender Zeilen, wie einem Tabakarbeiter zu Mute ist, was er empfindet, wie das Elend seine Seele packt? Die schlichten Worte des ersten Erlebnisses sind eine ebenso ungeheure Anklage gegen die Ausbeutung im allgemeinen, wie es die des zweiten gegen die Ausbeutung der Tabakflaven insbesondere sind.

Und trotz alledem, noch Hoffnung, noch Kraft! „Seht euch vor, es kann und darf nicht mehr vorkommen!“ Ja, seht euch vor! sagen auch wir. In die Organisation hinein! In der Organisation tüchtig mitarbeiten! Der Deutsche Tabakarbeiter-Berband ist der eiserne Ring, der uns Tabakarbeiter samt und sonders untrennbar zusammenhalten muß.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Aus dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamts für Sachsen-Altenburg. Der Bericht des Gewerbeaufsichtsamts für Sachsen-Altenburg konstatiert für das Jahr 1911 einen Aufschwung in den meisten Berufen. Ob und inwiefern die Tabakindustrie dabei in Frage kommt, ist nicht besonders hervorgehoben. Die Zunahme der Arbeiterinnen in der Tabakindustrie betrug 107; daraus zu schließen, ist eine Besserung eingetreten. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, ob nicht etwa die Zahl der beschäftigten Männer entsprechend zurückgegangen ist, doch heißt es allgemein, daß eine bemerkenswerte Verminderung in der Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter in keinem Gewerbe zu verzeichnen ist. Der Bericht flagt, daß Arbeiterinnen immer noch dem § 137 a der Gewerbeordnung Widerstand entgegensetzen. Nach diesem Paragraphen ist es verboten, Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern für die Tage, an welchem sie in dem Betriebe die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit für sie oder für andere mit nach Hause zu geben. Es ist dringend erforderlich, daß hier die Organisationen die nötige Aufklärung schaffen. Der Bericht enthält auch Angaben über die in den einzelnen Gewerben

verdienten Lohn; so wird als Lohn für erwachsene männliche Tabakarbeiter 9,00 bis 22,70 M wöchentlich, bei erwachsenen weiblichen Tabakarbeiterinnen 6,50 bis 16,50 M wöchentlich angegeben. Es wäre interessant, zu wissen, wieviel Personen wohl den hier genannten Höchsthöhe verdient haben. In einer Zigarrenfabrik sind 7424,70 M in Form von Prämien (oder Weihnachtsgeschenk? Red.) an die Arbeiter und Arbeiterinnen gezahlt worden. Weber Prämien noch „Geschenke“ reizen vernünftige Arbeiter, sie wirken sehr oft demoralisierend. Die Fabrikanten mögen einen Lohn zahlen, der zum anständigen Leben ausreicht! — Beschäftigt wurden 1147 Arbeiter überhaupt, davon waren erwachsene männliche Arbeiter 273, Arbeiterinnen von 16—21 Jahre 165, Arbeiterinnen über 21 Jahre 650, jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahre 23, jugendliche Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahre 36. Kinder wurden in den 58 der Gewerbeinspektion unterstehenden Betrieben keine beschäftigt. Revidiert wurden 55 Betriebe mit 1140 Arbeitern. In 30 Zigarrenfabriken wurden Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Vorschriften ermittelt, und zwar betrafen diese in 29 Fällen Anzeigen und Anshänge, in 2 Fällen und 43 Beschäftigten die Dauer der Beschäftigung, in 14 Fällen und 84 Beschäftigten die Arbeitszeit an Sonnabenden und Vorabenden der Festtage. In 12 Zigarrenfabriken wurden Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften betr. Beschäftigung jugendlicher ermittelt, und zwar betrafen diese in 5 Fällen Arbeitsbücher, in 12 Fällen Anzeigen, Verzeichnisse, Anshänge, in 1 Fall und 2 Beschäftigten Ausschluß der Kinder von der Beschäftigung (§ 135 Abs. 1 G. O.), in 1 Fall und 2 Beschäftigten Dauer der Beschäftigung, in 3 Fällen und 6 Personen Pausen. Bestrafung ist in allen diesen Fällen nicht erfolgt. Uns scheint, daß die Zahl der Zuwiderhandlungen reichlich hoch ist, zumal wenn wir sie mit denen anderer Gewerbeaufsichtsamter vergleichen. Ein freieres Zugreifen dürfte nicht schaden. Meistens sind freilich die Strafen lächerlich gering. — Sonntagsarbeit wurde für 1 Betrieb an 2 Sonntagen bis 5 Stunden für 17 Arbeiter und 170 Arbeitsstunden bewilligt; ein anderer Antrag wurde zurückgewiesen.

Zuschüsse an Heimarbeiter. Die preussische Regierung macht bekannt: Durch § 6 des am 1. April 1912 in Kraft getretenen Hausarbeitsgesetzes wird bestimmt, daß die Arbeitsräume, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten sind, daß die Hausarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit oder Sittlichkeit hinreichend geschützt werden. Soweit hiernach in den Wohnstätten bezw. Arbeitsräumen und an den Arbeitsgeräten der Hausarbeiter Änderungen vorgenommen werden müssen, die mit Rücksicht auf die Kosten bisher unterblieben sind, sind die Gewerbeinspektoren ermächtigt worden, Zuschüsse aus Staatsmitteln zu gewähren. Die Voraussetzungen zur Gewährung einer Beihilfe sind folgende:

1. Die Bedürftigkeit des Hausarbeiters.
2. Das Vorhandensein von Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit.
3. Die Gewährung eines Zuschusses seitens des Arbeitgebers.
4. Der Ausschluß anderer Möglichkeiten zur Beseitigung der Gefahren.

Die staatlichen Beihilfen dürfen nicht dazu verwendet werden, die wirtschaftliche Lage des Hausarbeiters zu verbessern, sondern sollen lediglich zur Verhütung von Unfällen und Verminderung von Gefahren dienen. (Beispielsweise können in Frage kommen: Notwendige Reparaturen, Beschaffung von Schutzvorrichtungen, Verbesserungen der Beleuchtung und Lüftung usw.). Soweit hiernach Anspruch auf Zahlung einer staatlichen Beihilfe erhoben wird, sind schriftliche Anträge an die königlichen Gewerbeinspektionen zu richten.

Tabakmonopole oder Höherbesteuerung des Tabaks in Schweden. Das Handelskollegium hat nach den Vorschlägen der Kommission für die Belastung der Tabakindustrie nunmehr ihren eingehenden Bericht veröffentlicht. Die Vorschläge bestanden in zwei Alternativen: Entweder die Begründung eines Staatsmonopols, oder die Erhöhung der Einfuhrzölle auf Tabak und speziell auf Zigaretten und Zigarrentabak, wie auch eine Steuer auf den im Reiche angebauten Tabak.

Das Handelskollegium nimmt darin den Standpunkt ein, daß die Einführung eines Staatsmonopols empfindliche Verluste zur Folge haben dürfte, nicht nur für Tabakfabrikanten und Großhändler, sondern mehr noch für die Händler in der Branche, denn für die letztgenannten hat die Kommission nicht die geringste Entschädigung vorgezogen. Bei der Einführung des Monopols und der Durchführung der vorgeschlagenen Verkaufsbedingungen dürfte sich diese jedenfalls nicht befriedigend erweisen.

Andererseits ist das Kollegium der Ansicht, daß eine höhere Belastung ein geeignetes Mittel darstellen könne, um den Bedürfnissen des Staates nach größeren Einnahmen entgegenzukommen. Es ist ferner der Meinung, daß der Einführung dieses Systems doch allerlei Bedenken entgegenstünden, so daß man besser einen Modus wählen solle, unter dem der Entwicklung der heimischen Industrie freier Spielraum gelassen werde.

Was die andere Alternative, Erhöhung der Einfuhrzölle, Stempelsteuern und Wzisen anlangt, so ist das Kollegium mit der Kommission der Meinung, daß eine weitere Belastung des Tabaks allein in der Form der Erhöhung der Einfuhrzölle nicht gut in Frage kommen könne. Der Ausweg, worauf man angewiesen ist, scheint wohl eine Kombination von Einfuhrzöllen und binnenländischer Belastung zu sein. Auf das, was die Kommission in diesem Sinne ausgeführt hat, hat das Kollegium in der Hauptsache nichts zu bemerken. Was die Beschwerden anbelangt,

die durch Industrielle und Kaufleute vorgebracht wurden, speziell gegen den Vorschlag der Kommission, alle Zigaretten und allen Zigaretten tabak mit einer Stempelsteuer zu belasten, so ist das Kollegium für eine neue eingehende Untersuchung dieser Frage. Gleichzeitig verdient nach der Auffassung des Kollegiums die Frage in Erwägung gezogen zu werden, ob es bei einer Belastung von Tabakartikeln möglich und nötig sei, mehr dem Werte der Waren Rechnung zu tragen.

Das neue Zigarettensteuergesetz in Dänemark. Am 1. Oktober 1912 tritt, wie von uns bereits gemeldet, in Dänemark das neue Zigarettensteuergesetz in Kraft, das folgende Steuerätze, auch für eingeführte Zigaretten, Zigarettenhüllen und Zigaretten tabak, vorsieht:

A. Zigaretten, die im Kleinhandel einschließlich der Abgaben kosten:	100 Stück
1. unter 1 Dore für 1 Stück	10 Dore
2. 1 Dore, aber nicht mehr als 1 1/2 Dore für 1 Stück	20 "
3. über 1 1/2 Dore, aber nicht mehr als 2 1/2 Dore für 1 Stück	30 "
4. über 2 1/2 Dore, aber nicht mehr als 4 Dore für 1 Stück	50 "
5. über 4 Dore, aber nicht mehr als 8 Dore für 1 Stück	75 "
6. über 6 Dore, aber nicht mehr als 8 Dore für 1 Stück	125 "
7. über 8 Dore für 1 Stück	200 "
B. Zigarettenhüllen	25 "
C. Zigaretten tabak, der im Kleinhandel einschließlich der Abgaben kostet:	kg
1. 6 Kronen, aber nicht mehr als 9 Kronen für 1 kg	60 Dore
2. über 9 Kronen, aber nicht mehr als 12 Kronen für 1 kg	90 "
3. über 12 Kronen für 1 kg	120 "

Vom gleichen Tage ab soll für alle Hülsen, Behälter oder Umschließungen von Zigaretten, die im Kleinhandel allgemein mit den Zigaretten verkauft werden, nach der zollamtlichen Prüfung Tara gemährt werden.

Tampa (Florida). Die hiesigen Zigarrenfabriken boten in der zweiten Juniwoche ein Bild, das seit einem Jahrzehnt nicht mehr zu beobachten war. Sämtliche Betriebe der Stadt standen still, und zwar nicht als Folge von Arbeiterunruhen, sondern lediglich wegen ungewöhnlich langer Regenperiode. Die Tabakvorräte in den Lagerhäusern wurden in einen Zustand versetzt, der die Verarbeitung absolut unmöglich machte, und es blieb nichts anderes übrig, als "in Ruhe" besseres Wetter abzuwarten. Die Zigarrenproduktion während der ganzen Woche war gleich Null und diese Tatsache dürfte sich nicht nur in den Monatsziffern, sondern selbst in den Jahresziffern für die Produktion auswirken. Für diese ungewöhnlichen Wettererscheinungen war ein bemerkenswertes Temperaturminimum in dem Golf von Mexiko verantwortlich.

Der Zigarrenarbeiterverband, eine der leistungsfähigsten Organisationen der Vereinigten Staaten, hält nach 16jähriger Pause seine erste Generalversammlung im nächsten September ab. Seit 12 Jahren hat auch sein Hauptvorstand keine Sitzung abgehalten, da alle Geschäfte durch Urabstimmung und Initiative erledigt werden konnten.

Die Tabak-Industrie Newyorks.

Unter Tabak-Industrie versteht der Zensus die Zigarren-Fabrikation, die Herstellung von Zigaretten, von Rauch-, Kau- und Schnupftabak.

Im Staate Newyork kommt in der Hauptsache nur die Zigarren- und Zigarettenfabrikation in Betracht. Von den 3371 Etablissements, die im Jahre 1909 hier in Betrieb waren, gehörten 3284 dieser speziellen Branche an und nicht weniger als 98 Prozent des gesamten Produkts der Industrie kam auf Zigarren und Zigaretten. Nicht weniger als 81 Prozent der gesamten Industrie befindet sich in Newyork City.

Die Gesamtzahl der Etablissements dieser Industrie betrug im Zensusjahre 3371 und die Zahl der Besitzer 3699. Es wurden 568 bezahlte Beamte — wie Superintendenten, Managers usw. — beschäftigt und 1911 Clerks, von denen 1518 männlichen und 393 weiblichen Geschlechts waren. Die Zahl der Lohnarbeiter betrug im Durchschnitt 30 019 und an einem gegebenen Tage des Zensusjahres waren 15 881 Männer und 16 564 Frauen beschäftigt, wozu noch 285 Kinder unter 16 Jahren kamen.

Was die Lage dieser Arbeiter anlangt, besonders Arbeitszeit und Löhne, so ergibt sich nach den Zensusangaben das folgende:

Von den 30 019 Arbeitern, die durchschnittlich im Jahre 1909 beschäftigt waren, arbeiteten 10 419 wöchentlich 48 Stunden oder weniger, 5252 hatten eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 bis 54 Stunden, 1132 eine von 54 und 10 542 eine solche von 54 bis 60 Stunden. 2657 Tabakarbeiter schafften 60 Stunden wöchentlich und 17 unter ihnen hatten eine Arbeitszeit bis zu 72 Stunden und mehr.

Der durchschnittliche Jahreslohn der Arbeiter der Tabakindustrie in unserem Staate war 1909 455 Dollar, ein Wochenlohn also von 8,57 Dollar. Im Jahre 1899 war der Jahreslohn 425 Dollar, wöchentlich also 8,17 Dollar, so daß die Zigarren- und Tabakarbeiter Newyorks in den letzten zehn Jahren es glücklich auf eine wöchentliche Lohnerhöhung von 58 Cents gebracht haben. Eine bedeutende Lohnerabsetzung natürlich, wenn man die Steigerung der Lebensbedürfnisse in Betracht zieht.

Betrachtet man nun den Wertzuwachs, den das Produkt dieser Industrie erfährt, den Wert also, der dem Rohstoff durch die Verarbeitung hinzugefügt wird, so zeigt sich folgendes Resultat:

Im Jahre 1899 kam auf jeden einzelnen Arbeiter der Tabakindustrie ein Wertzuwachs von 1275 Dollar. Im Jahre 1909 war dieser Wertzuwachs auf 1509 Dollar gestiegen. Während auf den einzelnen Unternehmer vor zehn Jahren ein Wertzuwachs von 9981 Dollar kam, stieg dieser zusätzliche Wert im Jahre 1909 auf 12 252 Dollar.

Man ist, wie wir schon in früheren Zensusaufstellungen hervorhoben, dieser Wertzuwachs nicht mit dem Mehrwert zu verwechseln. Mehrwert ist der Wert, den der Arbeiter durch Verarbeitung des Materials über den Wert seines Lohnes hinaus erzeugt. Bei der Berechnung des Mehrwerts muß u. a. auch die Abnutzung der Maschinen der Fabriken usw. mit in Betracht gezogen werden. Der Zensus gibt hierüber aber keine Auskunft, so daß nach dessen Angaben eine genaue Feststellung des Mehrwerts unmöglich ist.

Insoweit wollen wir versuchen, dem erzeugten Mehrwert in der Tabakindustrie möglichst nahe zu kommen, indem wir die gesamten Unkosten, die neben den Kosten des Rohmaterials im Produktionsprozeß entstehen, vom zusätzlichen Wert in Abzug bringen.

Die gesamten Unkosten der Produktion beliefen sich auf 65 786 577 Dollar, wovon auf Rohstoff, Feuerung und Kraftmiete 31 341 406 Dollar kamen. Bleiben 34 445 371 Dollar für die übrigen Unkosten, die sich auf Gehälter, Löhne, Miete, Steuern usw. verteilen. Der Zusatzwert, in welchen diese Unkosten hineingerechnet sind, betrug für die Tabakindustrie 45 320 146 Dollar, verbleibt also ein Wert von 10 874 775 Dollar. Hierzu kommen 1 220 156 Dollar für die Manager und Superintendenten und 1 988 426 Dollar für die Clerks, deren Arbeit mit dem Produktionsprozeß kaum etwas zu tun haben, so daß sich ein Wert von 14 083 357 Dollar ergibt. Das macht für jeden der 30 019 Tabakarbeiter unseres Staates einen erzeugten Wert von 469 Dollar, den er nicht erhalten hat und der den Jahreslohn von 455 Dollar, die er erhält, noch um 14 Dollar übersteigt.

Bei dieser Berechnung ist, wie gesagt, die Abnutzung der Maschinen usw. nicht in Betracht gezogen. Aber ein großer Teil der Unkosten, die wir in Abzug gebracht haben, hat eben nichts mit dem Werte zu tun, der beim Produktionsprozeß in die Ware hineingeht. Da sind z. B. siebenecinhalf Millionen Unkosten angegeben, die nicht spezifiziert sind und Anzeigen, Verpackung und ähnliche Nebenausgaben umfassen. Der größte Teil dieser 250 Dollar per Kopf der beschäftigten Arbeiter betragenden Summe gehört zweifellos mit zu dem Mehrwert, den der Arbeiter erzeugt, aber nicht erhält. Die Mehrwerttrate in der Tabakindustrie ist deshalb auch wesentlich höher, als die obige Berechnung ergibt.

Aber selbst davon abgesehen, so erhält der Tabakarbeiter immer noch weniger, als die Hälfte dessen, was er erzeugt.

Ueber Geschmacksverirrungen bei Rednern.

Ueber Geschmacksverirrungen bei Rednern macht rt. in der „Metallarbeiterzeitung“ folgende beherzigenswerte Ausführungen: „Die Frage: Wie gestalten wir die Propaganda für die Ziele der Arbeiterbewegung am erfolgreichsten? führt an ein schwieriges und selten erörtertes Problem. Seiner Natur nach läßt dieses Problem eine Erörterung auch wenig fruchtbar erscheinen. Denn seine tausendfachen Seiten, von denen jede einzelne wiederum verschiedene aufweist, die jeder Agitator, sei er im Angelegenheitsverhältnis oder nicht, nach seiner Weise, Befähigung und Veranlagung individuell verarbeitet, lassen sich in kein System bringen. Und das ist gut so. Aber davon soll auch gar nicht die Rede sein, sondern von einer ganz besonderen Art, oder richtiger gesagt, von einer Abart der Agitationsmethode. Das charakteristische Merkmal dieser Spezies findet seinen Ausdruck in einer — wie soll ich sagen — rabulistischen Rhetorik oder, um es „populär“ auszudrücken, in der sogenannten Phrase. Damit sind alle jene Redewendungen gemeint, die zwar einen massiven Klang haben und deshalb von vielen Zuhörern nicht ungern vernommen werden, die aber vor der kritischen Vernunft nur leerer Schall sind und in ihr Nichts zusammenbrechen. Dieser Methode begegnen wir in der Regel bei Leuten, die intellektuell am meisten entwicklungsbedürftig sind, und sie findet ein Echo in solchen Kreisen, wo allgemein primitive Verhältnisse auch das geistige Niveau bedrücken. Dadurch, daß solche Kreise leider noch nicht den Sinn und die Tragweite jedes Satzes zu erfassen vermögen, kann es vorkommen, daß selbst der nichtsjugendlichsten Bemerkung ungeteilter Beifall gezollt wird. Sie wägen noch nicht das Wort ab nach dem Inhalt, nach der Bedeutung, sondern hören nach dem Klang. Und der ist bei Phrasen voll und schön, sonst wären es keine. Was aber sollen aufgeklärte Arbeiter denken beim Vernehmen einer Rede, wie ich sie unlängst hörte und in welcher unter mehreren gleichwertigen der unergründliche Satz vorkam: „Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft bis aufs Messer!“ Das war ein so echter, unverfälschter Klang! Aber man kann mit diesem Satz absolut nichts anfangen, aus ihm keine Lehre, keine Direktive ziehen; nur der Eingeweichte kann ihn deuten. Denn ein Kampf bis aufs Messer oder mit dem Messer gegen die bürgerliche Gesellschaft ist nicht nur undenkbar und unmöglich, es wäre auch unsozialistisch, absurd. Der Redner wollte aber wahrscheinlich das auch gar nicht sagen, vielmehr einen Sinn zum Ausdruck bringen, wie er in dem Satze liegt: Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft bis zum Siege des Sozialismus. Dann aber hätte er dies oder in anderen Worten das gleiche sagen und hinterher auseinander setzen müssen, was dieser Sieg bedeutet. Dadurch wären den Zuhörern nicht nur die Ziele des Sozialismus dargelegt worden, sie hätten sich auch Gedanken machen können über die Mittel, die anwendbar und fegberbeitend erscheinen im Kampfe um diese Ziele. Dann wäre aber wohl niemand auf das „Messer“ verfallen; denn es wäre ihm dann zu dumm vorgekommen. Wer mit der Agitation vertraut ist, weiß, daß solche Redensarten nicht nur gelegentliche Entgleisungen sind, sondern immer wiederkehren. Eine gewissenhafte Agitation jedoch wird sie keiz verschmähen, um so mehr, weil sie aufgeklärten Arbeitern nur ein Kopfschütteln abdrücken, den Vernünftigen aber ein Erkenntnis Suchenden aber Schwierigkeiten in den Weg legen. Das gleiche gilt den Redewendungen von der Zertrümmerung der Gesellschaft, oder von dem Weltbrand, den einmal vor Jahren ein „christlicher“ Berg-

arbeitersekretär in Aussicht gestellt hat, wie von allen anderen Blüten ähnlichen Kalibers. Man kann mit scharfen Worten und hinreichender Beredsamkeit die Arbeiterchaft aufklären und kampfbereit machen, ohne sich inhaltsleerer Ausführungen dabei zu bedienen. Derlei hohle Worte, so beliebt sie auch sein mögen und so sehr sie geeignet sind, einen Augenblicksbeifalls Erfolg zu erzielen, haben jedoch für die moderne Arbeiterbewegung keinerlei bleibenden Wert. Denn die strebsame, nach höherer Kultur lechzende Arbeiterchaft kann nichts daraus entnehmen, nichts Reales dabei denken, nichts durch sie zu lernen finden, was sie sucht und braucht: Wissen und Erkenntnis. Diese aber allein sind die nie versiegende Quelle, aus der sie sowohl für den großen politischen Kampf als auch für den nervenzerrüttenden gewerkschaftlichen Kleinkampf die Kraft und die Intelligenz zu schöpfen vermag, die notwendig sind, um den Sieg zu erringen. Daher sollte es jedes Agitators in der Arbeiterbewegung Pflicht sein, die eigne Agitationsmethode zu überprüfen, ob sie frei ist von klingendem Schwall, dem ein realer Sinn nicht innewohnt. Wie der Lehrer dem Schüler nur durch ruhiges, instruktives Behandeln der Materie Wissen vermitteln kann, so kann es auch nur eine Agitation, die reingehalten ist von rednerischen Geschmacksverirrungen. Diese können der Arbeiterbewegung nur schaden, im besten Falle nichts nützen. Fort mit ihnen! Die Propaganda wirkt ohne sie nachhaltiger und wird dadurch für die Arbeiterbewegung zum bleibenden Vermächtnis.

Christliche Wahrheitsliebe.

Das Verbandsorgan des Christlichen Tabakarbeiterverbandes brachte am 2. August einen Artikel mit der Ueberschrift: „Wie Gauleiter Schlüter sich Erfolge aneignet.“ Diesen Artikel brachte schon am 27. Juli die Bestf.-Blatt, „Volkswacht“, der ehemalige Ravensberger.“ Am 1. August mußte diese Zeitung folgende Berichtigung bringen:

„In Ihrer Zeitung Nr. 175 vom Sonnabend, den 27. Juli 1912, befindet sich ein Artikel „Wie Gauleiter Schlüter sich Erfolge aneignet.“ In diesem Artikel heißt es: „Auf einmal prangte eine schön freigelegte Erklärung in der „Volkswacht“ mit den Unterschriften. Als nun der mitunterzeichnete Ferdinand Wads darüber zur Rede gestellt wurde, stützte dieser den Scheiter und erklärte: Die Erklärung wäre ohne sein Wissen in die „Volkswacht“ gekommen. Schlüter hätte sich am 3. Juli beim Gastwirt Scheier einige Punkte notiert und er hätte dieses untergeschrieben. Aber nicht mit dem Bewußtsein, daß dieses in die „Volkswacht“ sollte. Diese Behauptung Ihres Gewährmannes ist vollständig unwahr.“

Wahr ist, daß die Erklärung von den beiden Unterzeichneten Ferdinand Wads und Wilh. Jeschny ohne Wissen des Gauleiters Schlüter zur Veröffentlichung in der „Volkswacht“ wahrheitsgemäß aufgesetzt und von beiden unterschrieben ist.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir, die Erklärung in der nächsten Nummer Ihres Blattes zu veröffentlichen. Beste, den 29. Juli 1912.

Ferdinand Wads. Wilhelm Jeschny.“ Aus dieser Berichtigung werden die Kollegen ersehen, in welcher Art die Christen hier in Westfalen kämpfen. In einem andern Bericht wird in derselben Nummer des „Christlichen“ Organes über eine Eingabe an die Firma Blase in Lübeck, wegen Lohnveränderung, berichtet und behauptet, der Gauleiter Schlüter schalte die „Christen“ aus. Die Eingabe ist am 7. Juli gemacht.

Am 21. Juni fand eine Fabrikbesprechung der Filiale Zengen der Firma Blase bei Gastwirt Dering in Zengen statt. Außer den „Christlich“ Organisierten waren auch einige Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes anwesend. Vom „Christlichen“ Verbands war Wehmeyer-Niederbeck und von unserm Verbands Gauleiter Wache-Dorford erschienen. Die „Christlichen“ sondernten sich gleich ab und gingen in ein Zimmer für sich. Den „Freien“ wurde von Wehmeyer erklärt: „Der „Christliche“ Verband wolle mit den „Freien“ nichts gemeinsam besprechen, sie regelten ihre Lohnbewegungen für sich selber.“

Also 14 Tage vor Einreichung der Eingabe schalteten sich die „Christen“ selber aus.

Um nun ihre streitföcherische Haltung hier wieder zu verdeutlichen, schwindeln diese selben Christen der Öffentlichkeit vor, „der Gauleiter Schlüter schalte sie aus.“ Nein! Herr Köös hat es in Werke erklärt: „Aus Prinzip machen sie mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband keine Lohnbewegung mehr.“ Hinter den Prinzip verborgen sie ihren Bankrott, ihren Klamottenmangel und dem Befehl von Rom werden hier die Tabakarbeiter geopfert.

Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnisnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachfragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

Kristiania (Norwegen). Vom Vorstande des „Tobakar-Forbundet i Norge“ werden wir ersucht, bekannt zu geben, daß bei der Firma S. Petterois Differenzen bestehen. Wir ersuchen im besonderen die Kollegen aus der Sortierbranche, sich nicht verleiten zu lassen, in Kristiania in Arbeit zu treten. Haltet den Zugang streng fern.

Tilsit (Ostpr.) Die Bewegung der Zigarettenarbeiterinnen ist mit einem guten Erfolge beendet. Die Firma Arndt Loevenstein erhöhte die Löhne um 15 % pro Mille. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, Sonnabends 8 Stunden.

Eger i. Böhmi. Die bestreikte Firma W. Seilman erhöhte die Löhne um 25 und 50 % pro Mille, worauf der Streik für beendet erklärt wurde. Die Ausständigen nahmen die Arbeit jedoch nicht auf, da die Firma einen namhaft gemachten Arbeiter nicht wieder einstellen will, demnach einen Arbeiter maßregelte. Trotz Beendigung des Streiks ist die Firma S. Hellmann dieserhalb bis auf weiteres zu meiden. Sämtliche Ausständigen haben in anderen Betrieben Arbeit gefunden.

Eger. Die Firma Menze & Rohlfing bewilligte auf drei Sorten 1 A und auf alle anderen Sorten 50 % pro Mille.

Bünde. Die Firma Menze & Rohlfing erhöhte den Lohn für den Betrieb in Bünde bei drei Sorten um 1 A, bei einer Sorte um 75 %, bei allen anderen Sorten um 50 % pro Mille.

Grimminghausen. Die Firma Rasch & Co. hat nach vorher von den Arbeitern eingereichter Kündigung den Lohn auf alle Sorten um 50 % pro Mille erhöht.

Holsen (Kreis Lübeck). Die Firma Rasch & Co. hat auch für diesen Betrieb den Lohn um 50 % pro Mille erhöht.

Mennighüffen. Die Firma Bader & Burger erhöhte die Löhne um 25 % bis 2 A pro Mille.

Offenbach. Die Firma W. S. Tabakar erhöht auf

Die Eingabe der organisierten Arbeiter die Löhne um 25, 50 % und 1 M pro Mille.

Wle. Die Firma M. S. Kabaler erhöhte den Lohn um 25 % pro Mille.

Mein-Krohenburg. Mit der Firma Johann Bergmann konnte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Der Mindestlohn für Rollen beträgt 5 M und für Wickel 2,70 M pro Mille. Dazu wird freie Zurichtung geliefert. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 53 Stunden.

Wittenhausen u. Umg. Nach eingeleiteter Lohnbewegung sah sich die Firma G. Eichenhausen (Sitz Bremen) veranlaßt, Lohnerhöhungen in ihren Betrieben in Wittenhausen, Ermischwerd, Gertenbach, Kleinamerode, Rosbach und Oberode einzutreten zu lassen. Die gemachten Lohnzulagen betragen 25 % bis 2 M pro Mille. Außerdem wurde ausgemacht, daß die Fabrikkommissionen als Vertreter der Arbeiter im Betriebe gelten sollen.

Holsen b. Bünde. Der Streik bei der Firma C. Kleist im Betriebe in Holsen bei Bünde ist für beendet erklärt und beschlossen worden, anderweitig in Arbeit zu treten. Die Firma weigert sich beharrlich, Lohnerhöhungen einzutreten zu lassen. Dieser Betrieb ist deshalb bis auf weiteres zu meiden.

Werke i. Westf. Bei der Firma Caprano & Gruh haben die Arbeiter in allen drei Betrieben die Kündigung eingereicht, weil die Firma es ablehnt, in eine Lohnrevidierung einzutreten. Die christlich organisierten Arbeiter dürfen sich auf Unterstützung ihres Vorstandes an dem allgemeinen Vorgehen nicht beteiligen. Der Zugang ist fernzuhalten.

Frankenhausen am Kyffh. Bei der Firma Rabe-ner & Becker kam es zu Lohn Differenzen. Die Firma lehnte eine Erhöhung der Löhne ab. Die Arbeiter haben daraufhin die Arbeit eingestellt. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Peire (Prov. Hann.). Die Firma F. Scherweger ist zu meiden.

Siegen (Gr. wesen). (Verdichtung.) Die Bewegung bei der Firma C. Klingpor ist beendet. Die Firma bewilligte den Sortierern für alle Sortiments 10 % pro Mille. Die Tagelöhne der Sortiererlehrlinge (Mädchen), die 1,10 bis 1,30 M betragen, werden am 11. Oktober dieses Jahres um 10 % erhöht.

Wusterhausen a. d. D. Der Streik bei der Firma C. Kleist im Betriebe in Wusterhausen dauert un-ändert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Kleinamerode (Prov. Hessen). Die Aussperrung bei der Firma P. G. Hesse Wwe. (Sitz Hanau) dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Leopoldshöhe i. L. Der Streik bei der Firma C. Orpel dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Calbe a. S. Der Streik bei den Firmen G. Mathu-sius (Sitz Magdeburg) und G. Schulze dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Wien i. S. Die Firma F. W. Papei, Inh. Georg Elsholz, lehnte die bescheidenen Forderungen der Arbeiter ab, worauf diese am 18. Juli d. J. in den Streik traten. Vor Zugang wird gewarnt.

Striegau und Peterswalbau i. Schl. Der Streik bei der Firma Scharke & Comp. in Striegau und Peterswalbau dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Schönlante (Prov. Posen). Der Streik bei den Fir-men. Ederdorf & Rosenberg, H. Grünbaum, A. Will Söhne dauert unverändert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Berichte.

Siegen. Es ist allgemein bekannt, daß die Lohnverhältnisse in der Zigarrenfabrikation im Siegener Bezirk bislang noch die denkbar schlechtesten sind. Vorwiegend sind es weibliche Arbeitskräfte, die hier der kapitalistischen Ausbeutung verfallen sind. Aber auch für sie wäre es möglich, bessere Verhältnisse zu schaffen, wenn sie selbst den festen Willen dazu hätten, und sich der Organisation, dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande anschließen würden. Daß dies tatsächlich möglich ist, hat auch der Ausgang der Lohnbewegung der Sortierer bei der Firma C. Klingpor-Siegen bewiesen. Den Bemühungen des Bezirksleiters Regel war es gelungen, den größten

Teil der Sortierer dieser Firma für den Verband zu gewinnen. Da nun die Akkordlohnfrage für die Sortierer ganz besonders niedrig stand, wurde eine schriftliche Lohnforderung an die Firma Klingpor eingereicht. Es wurde eine gleichmäßige Lohnerhöhung von 10 % pro Mille für alle Sortiments verlangt. Nach mehrmaliger Korrespondenz erklärte sich die Firma bereit, mit einer Kommission der Arbeiter, unter Hinzuziehung der Verbandsvertreter mündlich zu verhandeln. Diese Verhandlung fand denn auch am 9. August statt. Es nahmen daran teil, der Chef der Firma Herr Adolf Klingpor einerseits, sowie drei Arbeiterinnen und die Verbandsvertreter Gau-letter Schnell und Bezirksleiter Regel andererseits. Hierbei muß anerkannt werden, daß die Verhandlungen mit Herrn Klingpor in äußerst sachlichen Formen geführt werden konnten. Während der Verhandlung wurde jedoch noch die Forderung ergänzt, indem für die Lehrlinge, die noch im Tagelohn fortieren, pro Tag 10 % Lohn-erhöhung gewünscht wurde. Die amnährend zweifelhafte Verhandlung war dann mit dem Erfolg begleitet, daß die gestellte Lohn-forderung in der vollen Höhe bewilligt wurde. Demnach erhalten die Sortierer (in Betracht kommen zirka 40, meistens weibliche) ab 10. August pro Mille 10 % mehr, was einer Lohnerhöhung von 2 bis 3 M pro Woche gleichkommt. Die Lehrlinge, die noch im Tage-lohn fortieren, erhalten ab 1. Oktober pro Tag 10 % mehr. — Wenn nun auch anerkannt werden soll, daß die Firma durch ihr Verhalten zeigte, daß ihr eine friedliche Verständigung lieber ist, als ein wochen-langer Streik, so darf doch auf der andern Seite in keiner Weise ver-lankt werden, daß in erster Linie die Einigkeit der Arbeiter in der Organisation die Triebfeder dieses Erfolges war. Zweierlei Lehren hat dieser Ausgang der Lohnbewegung für den Siegener Tabak-industriebezirk: auf der einen Seite mögen sich die anderen Fabrikanten daran ein Beispiel nehmen und zu der Einigkeit kommen, daß eine friedliche Verständigung mit den Arbeitern einem langen Kampfe (Streik oder Aussperrung) vorzuziehen ist. Dies liegt nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch ganz besonders im Interesse der Fabrikanten selbst. Die Arbeiterschaft ist stets bereit alle Kon-flikte und Differenzen usw. in friedlicher Weise beizulegen. Nun fehlt es sehr oft an dem guten Willen der Fabrikanten, wie wir dies vor Jahren im Siegener Bezirk zur Genüge beobachten konnten. Die Tabakarbeiter selbst aber mögen aus dem Erfolge dieser Lohnbewe-gung ersehen, daß nur durch Einigkeit und Organisation bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. Und nirgends ist dies notwendiger als gerade im Siegener Bezirk. Deshalb Kol-legen und Kollegen! Schließt euch alle dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande an, der stets in der energichsten Weise die Interessen der Tabakarbeiter vertreten hat, und auch in unserer Gegenwart alles zu tun bereit ist, wenn die Kollegen und Kollegen selbst den Willen zur Tat haben. Hoch die Organisation!

Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma Wille & Co., Nachen, bei.

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24

Verlangen Sie sofort kostenlos

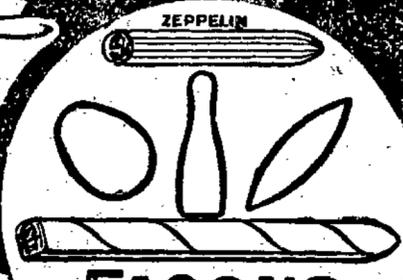
Unsere Haupt-Preislitten Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier-Tragenth-Muster etc.

Heute erscheint

Liste 198

mit unzähligen Ab-
bildungen

ZEPPELIN



FAÇONS
enthaltend.

Telephon 11 358. Postscheckkonto Leipzig No. 9928.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfehlte als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decke à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500 M	Havana, hochfeine Einl., à 270, 350 M
Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180 M	Yara-Cuba, vorzüglich, à 260 M
Vorstanl.-Decke à 250, 320, 400, 500 M	Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 M
Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 M	Carmen-Einlage à 115, 125 M
Java-Einlage à 120, 125 M	Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 M
Aufarbeiter à 130, 135, 140 M	Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 M
Felix-Decke, schneeweiß Brand, 220 M	Mexiko San Andres 480, 450, 400, 140 M
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 M	kosgut, sehr blattig und gesund, à 120, 110 M
	Ufermärker à 105, 110, 115 M

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste. [10]

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14

Prima Qualitäts-Umblatt „Seti“

2. Länge, sehr lieferungsfähig 1.60 M pro Pfund verzollt

— Helle Sumatra-Decke —

2. Länge Vollblatt. Hervorragend in Brand und Geschmack. Pro Pfd. 3.25 M verzollt.

Bestellen Sie Muster!

Ferner empfehle

Utensilien zur Zigarren-Fabrikation

insbesondere: Meine bekannte besteingeführte Wickelmaschine, pro Stück M. 18, Formentressen, Ia Material, von M. 7.75 an, Zigarrenband, Rolle à 50 m non 45 M an, echt engl. Amiac sec. pro Pfund M. 1.75, Tragent von M. 1.50 pro Pfund an, Tabakanreicher (Kerstauber) in unerreicht schöner Ausführung von 75 M an, prima Ein-schlage-Papier, blau, pro Pfund 17 M. III. Kataloge gratis und franko.

Mustergewinn und Verkaufslager für Hamburg und Umgegend:
S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

Preiswerte Tabake

Sumatra-Decke Nr. 506, 2. Länge Vollblatt, hellbraun, 230 M.

Sumatra-Decke Nr. 556, 2. Länge Vollblatt, hell bis fast, 260 M.

Sumatra-Decke Nr. 504, 3. Länge Vollblatt, hell und feibig, 300 M.

Sumatra-Decke Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellbrauner Qualitätsstabak, 320 M.

Sumatra-Decke Nr. 502, 2. Länge Vollblatt, mattbrauner Qualitätsstabak, 350 M.

Java-Decke Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellfast, 200 M.

Vorstanl.-Decke Nr. 513, 1. Länge Vollblatt, hellbraun, 260 M.

Vorstanl.-Decke Nr. 512, 2. Länge Vollblatt, hell, 330 M.

Brazil-Decke, tief schwarz, sehr günstig bedend, 240, 270 M.

Mexiko-Decke, dunkler Qualitätsstabak, 3 Pf. bedend, 400 M.

Java-Umblatt, alles Vollblatt, 140, 150, 160, 170 M.

Domingo-Umblatt, großblättrig, trocken, 120, 135 M.

Carmen-Umblatt, hart, gutschmeckend, 120, 130, 140 M.

Seedleaf, feine Qualität, 145 M.

Java-Einlage 105, 110, 115 M.

Carmen-Einlage 105, 110 M.

Brazil-Einlage 135, 145, 150, 160, 170 M.

Kosgut, allerbeste Ware, viel Umbl., 100 M.

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.

Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantum zu billigsten Engrospreisen.

Fähiger Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geringster Verbindung mit dreimonatlichem Zeilkredit.

Spezialität in Sumatra- und Vorstanlenden-Decktabaken. Nur tadelloß weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in
Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havana usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.

Probe-Postkoll aller Sorten auf Wunsch.

Gutehaltene Proben ausverkaufter Tabake

Durchschnittspreis für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung ... per Pfund 3.00 Mk. verzollt
II. Sortierung ... per Pfund 2.50 Mk. verzollt
III. Sortierung ... per Pfund 2.00 Mk. verzollt

von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt
II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt

Geschmitten fertige Einlage: Java Domingo gezollt 1.10 Mk. verzollt

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Nachnahme. Jeder Versuch führt zu gerechtem Verdienst. [12]

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak

Sumatra-Decke, sehr große Auswühl mittel- und hellfast. Vollblatt, 2. und 3. Länge à 250, 300, 325, 350, 375, 400 M. hell ff. 600 M.

Vorstanlenden-Decke, I. u. 2. Länge, mittel, besser Mexiko-Gejat, à 260 M, helle Rehrinde à 300, 325, 350, 400 M

Java-Einlagen à 110, 115, 120, 125 M

Java-Aufarbeiter à 130, 135, 140, 145 M

Java-Umblatt à 150, 160, 170, 180, 190 M

grosstes Vollblatt, 2. Länge, 160 M

Mexiko-Decke, hochfein, à 500 M u. 550 M

Brasil à 150, 165, 185, 190, Decke à 350 M

Havana à 250 M, Cuba à 200, 250 M

Domingo à 120, 135, Umblatt à 150, 170 M

Carmen à 120, Umblatt à 145, 155 M

Ufermärker Ia. 105 M

beste überseesche Ware à 105 M

m. Deckblatt-Kampanen à 125 M

Samtliche Tabake sind in Bezug auf tabelloser weissen u. roten Brand sorgfältig durchprobiert.

Bedarfsartikel

Wickelformen, gebraucht, gut erhaltene, ca. 1500 Stück verschiedene Fassons am Lager. Schiffs-Abbrüde gratis und franko.

Doppelpack zu 12 Formen, oben u. unten ver-längert schraubt, Holzfuß u. Holzdruck-platte in sehr starker Ausführung, 10 M

Leckige Kräger, sonst 11 M, nur 10 M

Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550 M

zu 100 Stück 100 M, zu 200 Stück 200 M

Rollbrotter 175, 200, Simbolz 300, 450 M

Bündeldecke, verstellbar, nur 125 u. 225 M

Arbeitsmesser n. 3. A. Heulets 20, 30, 35 M

Laek, 8 Stangen 25 und 30 M

Papier, blau, ca. 40 Bogen 20 M, rot 25 M

Band, 50 Meter von 60 M an

gebraucht, fortirt, Seide, 5 u. 6 M p. Pfd.

Ringe ff. nur 20, 25 M, mit Porzellan 45 M

Ringkettan non 35 M per 100 Stück an

Gummi-Tragent à 250 u. 300 M p. Pfd.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe stets am Lager.

Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto. Bestellen Sie Preisverzeichnis mit Beschreibung der Tabake.

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 42.

Rohtabakhandlung

H. Edling, Bremen

empfiehlt folgende gute Tabake zu billigen Preisen

Sumatra-Decke à 160, 180, 190, 200, 220, 240, 250, 260, 270, 290, 300, 310, 320, 350, 360, 380, 410, 460, 500 M

Java-Vorstanlenden-Decke à 220, 240, 260, 280, 300, 320, 350 M

Brazil-Decke à 190, 200, 220, 240 M

Brazil-Einlage u. Umblatt à 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 M

Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 150, 160, 170, 180 M, Stückblatt 130, 140, 150 M

Java-Umblatt à 140, 150, 160, 170 M

Java-Einlage u. Umblatt à 110, 120, 125, 130 M

Domingo à 100, 110, 120, 130 M

Carmen à 100, 110, 120, 130 M

Seedleaf (meist Umbl.) à 110, 115, 120 M

Havana-Einlage à 180, 200, 250, 300, 400 M, Decke 650 M

Java-Cuba-Einlage à 150, 180, 200, 250 M

Mexiko-Decke à 250, 320 M

Kosgut à 95, 100 M

Geschmitten Original-Tabake à 110, 120 M

Java (geschmitten) à 110 M

Preise verzollt inkl. Wertzoll per 1/2 Mtl. Kredit nach Uebernahme [18]

Druckmaschinen Schmiedt & Co., Bremen.

— oder Art liefert schnell und billig —

Das schien dem katholischen Pfarrer des Ortes nicht zu behagen. Er setzte sich mit christlichen Gewerkschaftssekretären in Verbindung, ließ die Gläubigen, soweit sie in der Brauerei beschäftigt waren, zu sich kommen und in die christliche Gewerkschaft aufnehmen. Mit der Klosterbrauerei hören nun die Differenzen nicht auf: der Tarif wird nicht eingehalten, in der Behandlung der Arbeiter wird ein Unterschied zwischen den Mitgliedern des Brauereiarbeiterverbandes und anderen gemacht; auch sonst ist über manches zu klagen. In diesem Frühjahr klagten die Frauen und Mädchen, die in der Brauerei beschäftigt sind, über Mißstände im Flaschenkeller. Sie schlossen sich in einer Versammlung, dem Verbands an. Das wurde sofort dem Pfarrer gemeldet. Am folgenden Sonntag wurden von der Kanzel herab alle diejenigen zur Besprechung eingeladen, die an der Versammlung der Brauereiarbeiter teilgenommen hatten. In dieser Besprechung erklärte der Pfarrer, es wäre eine Schande für den ganzen Ort, wenn sie, die Arbeiterinnen, in dem „sozialdemokratischen“ Verbands blieben; sie müßten austreten, und der Pfarrer versprach, an die Direktion zu schreiben, damit die Arbeitsverhältnisse besser werden. Die Direktion hat eine gute Stütze in dem Pfarrer und wird so in ihrem Verhalten gegen die tarifliche Ordnung bestärkt, so daß die Differenzen nicht aufhören. Was aber, zum Teufel, hat der katholische Seelsorger sich in diese Angelegenheit zu mischen!

Schwarzer oder roter Terrorismus? Die ganze Zentrumspress: behauptet immer, die freigewerkschaftlichen Organisationen zwingen die andersgesinnten Arbeiter unter Androhung und Ausübung von Gewalt oder wirtschaftlicher Nachteile, in die freien Verbände einzutreten. Wir sind heute in der Lage, diese Mißgeschichten von einem Zeugen beleuchten zu lassen, den auch die Zentrumsblätter als völlig einwandfrei gelten lassen müssen, nämlich von dem Vizepräsidenten eines katholischen Gesellenvereins. Dieser Herr hat an den Vater eines jungen Mannes, der in Mainz Mitglied eines katholischen Gesellenvereins ist, und einer freien Gewerkschaft beiträgt, folgenden Brief geschrieben:

„Mainz, 30. Juli 1912.
Sehr geehrter Herr!
Leider muß ich Ihnen heute eine Mitteilung machen, die Ihnen wenig Freude machen wird. Ihr Sohn, welcher Mitglied des hiesigen Gesellenvereins ist, ist nämlich der sozialdemokratischen Gewerkschaft beigetreten, angeblich, weil er so viel von den anderen gelernt wurde. Aber es sind noch drei Mitglieder des Vereins in derselben Firma beschäftigt — er hatte gar keinen Grund zu diesem Schritte. Als guter christlicher Vater, glaube ich, werden Sie dies auf keinen Fall dulden und nicht ruhen, bis er mir seinen Abmeldebeschein, seinen Austritt aus diesem Verbands erklärt hat. Sollte dies jedoch innerhalb einiger Zeit nicht geschehen, so würde ich mich genötigt sehen, ihn aus dem Hause (katholisches Gesellenhaus, D. Med.) und aus dem Verein (katholischer Gesellenverein, D. Med.) auszuweisen. Doch ich glaube, Ihr entschiedenes Wort wird mich nicht zu diesem Schritte zwingen. Sie werden es nicht dulden, daß Ihr Sohn dem Unglauben anheimfällt. Indem ich einer baldigen Antwort entgegensehe, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung
Decher, Vizepräsident, Pfarrhaus St. Peter.“

Der Brief ist ein Schulbeispiel für den Ultramontanismus. Erreicht der Vizepräsident aber sein Ziel nicht, wird seine Anmaßung und Aufdringlichkeit zurückgewiesen, dann wäre „ein neuer Gewaltstreich der roten Gewerkschaftler“ fertig, wenn nicht ein glücklicher Zufall uns diesen Brief in die Hände gespielt hätte.

Landkrankenkassen und Sozialdemokratie. Vor der Erbschaftsteuer und dem Aufwachen der Landarbeiter haben die Junker Angst, alles andere, mit Einschluß von Thron, Altar, Vaterland, Patriotismus und ähnlicher „Thesen“ ist ihnen — wie sie oft genug bewiesen haben — reichlich gleichgültig. Dem Landproletariat wirklichen Arbeiterschutz zu gewähren, das kostet erstens Geld und zweitens wäre es doch ein Kulturfortschritt, den Proleten ihre Gesundheit und Arbeitskraft zu schützen — das gibt's nicht!

In der Reichsversicherungsordnung haben so die Konservativen eifrigst dafür gesorgt, daß „ihren“ Landarbeitern nicht zu viel geholfen wird. Den Landarbeitern ist der maßgebende Einfluß in den Verwaltungen der Kassen genommen. Die Kassenherrschaft liegt in den Händen der vom Großgrundbesitz beherrschten Kreisverwaltungen. Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern können ganz dem Einfluß von sogenannten Betriebskrankenkassen untergeordnet werden. Den Arbeitern wird ein sehr geringes Krankengeld geboten, das im Winter auch noch herabgesetzt werden kann. Der Wöchnerinnenschutz für landwirtschaftliche Arbeiterinnen ist noch viel schlechter als der allgemein durchgeführte. Deshalb dem Landarbeiter in seinen Kassen entgegen den Bestimmungen der städtischen und anderer Krankenkassen auf Grund der Reichsversicherungsordnung kein Mitbestimmungsrecht gewährt wird, das ist von den Agrariern immer vorsichtig verschwiegen worden. Um so wichtiger ist eine Notiz der scharfmacherischen deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz, die in den landlichen Abiegern der „Deutschen Tageszeitung“ jetzt abgedruckt erschienen ist. In ihr heißt es, nachdem von dem Nachteil gesprochen worden ist, der dadurch entstände, daß in nichtpreussischen Staaten keine Landkrankenkassen gegründet werden sollen:

„Gerade der preussische Staat, der eine hochentwickelte, immer mehr ausdehnende Industrie besitzt, hat ganz besondere Veranlassung, die Bildung von Landkrankenkassen zu begünstigen, die das sicherste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie bilden. In ihnen kann der sozialdemokratische Einfluß sich schon deswegen nicht geltend machen, weil die Kassen nach dem Gesetz keine Selbstverwaltung besitzen. Die Sozialdemokratie hat dagegen ein großes Interesse an einer Erstarrung der Ortskrankenkassen. Sie wird es mit Genugtuung begrüßen, wenn auch in Preußen diesen Expansionsbestrebungen

Vorschub geleistet würde. Sie hätte auch allen Grund dazu, da ihr dann die Möglichkeit gegeben würde, ihren alten Lieblingsplan, den sie bisher nicht verwirklichen konnte, durchzuführen, nämlich, eine wirkliche Agitation auf dem Lande zu entfalten.“

Krankenkassen sind nun einmal auch Organisationen, die allerdings nur Wohlfahrtszwecken sein sollen, die aber zu politischen Zwecken mißbraucht worden sind, und zweifellos, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird, auch weiterhin sich in denselben Bahnen bewegen werden.“

Hier ist klipp und klar ausgesprochen, daß die Junker die Reichsversicherungsordnung gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aus politischen Motiven benutzt haben.

Das offene Geständnis ist wertvoll: um die Kassen zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, nehmen sie den Arbeitern die Selbstverwaltung für die Kassen, die durch eine direkte, den Arbeitern auferlegte Reichseinkommensteuer erhalten werden. Und das unter der heuchlerischen unwahren Behauptung, die Sozialdemokratie mißbrauche die Kassen zu politischen Zwecken.

Berichte

Bezirk Gießen. Beschwerdestellen für Arbeiterinnen. Auf wiederholte Anregung des Zentral-Arbeitervereins für Arbeiterinnen in Berlin, hat das Giesener Gewerkschaftsamt beschlossen, eine Beschwerdestelle für Arbeiterinnen zu errichten und die Leitung derselben der Genossin Frau Sophie Meier-Gießen, Walltorstraße 8 II, übertragen. Sprechstunden sind eingerichtet von 12 bis 1 Uhr mittags. Dortselbst wird Rat und Auskunft über alle die Arbeiterinnen besonders angehenden Fälle, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, erteilt. Wo die gesetzlichen und bündnerrechtlichen Bestimmungen über Arbeitszeit von Kindern, jungen Leuten und erwachsenen Arbeiterinnen, Einrichtung von separaten Wasch- und Umkleieräumen, Bedürfnisanstalten usw. nicht eingehalten werden, sollte man dieses bei der Beschwerdestelle melden. Von da aus werden die nötigen Schritte eingeleitet, um die Mißstände, durch Meldung bei der maßgebenden Stelle und andere Maßnahmen, zu beseitigen. Da in Gießen und Umgegend außer der Zigarrenindustrie wenig Industrie vorhanden ist, in der Arbeiterinnen beschäftigt werden, so kommt auch die Beschwerdestelle in erster Linie für die Tabakarbeiterinnen in Betracht. Mögen also dieselben diese Einrichtung (die für alle Arbeiterinnen für Gießen und Umgebung zur unentgeltlichen Benutzung vorhanden ist) bei allen vorkommenden Fällen, wo sie glauben, es gehe ihnen Unrecht im Arbeitsverhältnis, die gesetzlichen Bestimmungen würden nicht eingehalten usw. benutzen. Die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen sind noch so minimal, daß auf die Einhaltung unbedingt geachtet werden muß, besonders aber in der Tabakindustrie. Ueber allgemeine Rechtsfragen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, sowie Fragen der Sozialgesetzgebung (Invaliditäts-, Krankenversicherung usw.) wird für unsere Kolleginnen und Kollegen auf dem Bureau der Bezirksleitung, Ebelstraße 34 III, Rat und Auskunft erteilt. Ebenso übernimmt der Bezirksleiter auch eventl. notwendige Vertretung vor dem Gewerbeamt und Schlichtungsamt für Arbeiterversicherung.

Zschendit. Am 11. August fand hier eine Mitgliederversammlung statt, mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1912; 2. Vorstandswahl; 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung verlas Kollege Karl Meißner die Abrechnung, welche für richtig befunden wurde. Einnahme und Ausgaben schlossen mit 280,38 M ab. Die Kassa hatte 10,30 M Bestand. Beim Punkt 2 wurden folgende Kollegen gewählt: Georg Vogel als 1. Karl Meißner als 2., Gustav Feseler als 3. Bevollmächtigter. Joh. Lomm, Hermann Winkler und Ernst Schröder als Revisoren. Bei Punkt 3 wurde vom Kollegen Vogel beantragt, alle Monate eine Versammlung stattfinden zu lassen, was jedoch abgelehnt wurde, begreiflich wurde ein Antrag des Kollegen Lomm abgelehnt, welcher beflagte, in nächster Zeit ein Vergnügen abzuhalten. Nachdem noch einige örtliche Verhältnisse besprochen wurden, wurde die Versammlung geschlossen.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Geld-, Einschreib- und Vertretungen nur an W. Niederwiesland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Kantabteilung der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in h. h. in Hamburg. Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Meibner, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gillen, Altona-Ottensen, Hohensäß 3, pl., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Der Aufenthalt ist anzugeben: Von dem Zigarrenmacher Jakob Melchado aus Holland. Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Besuch befindet, werden ersucht, die Adresse mitzuteilen. (S. 1448 J. 12).
Als gefunden gemeldet wurde: Das Mitgliedsbuch S. I. Nr. 79718, lautend auf Wilhelm Käring aus Spenge. Das Buch kann im Oubureau Herford, Kurfürstenstraße 3, abgeholt werden. S. 1504 J. 47).
Ohne Abmeldung abgereist: Von Karlsruhe Käthe Briede aus Wiesloch, Buch S. I. Nr. 69905. Für Nichtabmeldung ist 1 M. Strafe zu zahlen.

Zur Gauleiterwahl.

In der am 7. August dieses Jahres in Bremen abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und Ausschusses wurde der Kollege Heinrich Borag (Bremen) von 14 Bewerber zum Gauleiter für den Braunschweiger Gau gewählt. Die vorläufige Adresse des Kollegen J. Borag ist Bremen, Faulenstraße Nr. 58/60, II. Etage Zimmer 32.
Allen übrigen Bewerbern besten Dank.
Bremen. Der Verbandsvorstand.
F. A. C. Reichmann.

Abrechnungen vom zweiten Quartal gingen beim Vorstande ein in der Zeit vom 14. bis 20. August.
1. Gau. Grevesmühlen.
2. Gau. Bielefeld, Löhne, Schwenningdorf, Nienstadt, Wallenbrück.
3. Gau. Eresfeld.
4. Gau. Lauffen a. N., Zusweiler, Baden-Baden, Reuzingen.
5. Gau. Groß-Eschonau.
6. Gau. Grotth.
7. Gau. Rebbenit, Belato, Radeberg, Radeberg.

Vom 13. bis 19. August 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (B. = Verbandbeiträge, E. = Extrabeiträge):
1. Gau: Dresden, B. 200,—. 6. Gau: Altona, B. 300,—.
11. Gau: Rönners, B. 25,—. Naunhof, B. 100,—. 12. Gau: Mustau, B. 55,—. Lemgo, B. 110,—. Eilenburg, B. 200,—.
13. Gau: Bremen, B. 500,—. Altona, B. 1000,—. Belg, B. 40,—. 14. Gau: Baden-Baden, B. 50,—. Groß-Schönau, B. 90,—. Selmen, B. 50,—. Blotho, B. 500,—. Mennighüffen, B. 150,—. Wersen, B. 80,—. Mönchengladbach, B. 30,—. 15. Gau: Delmenhorst, B. 100,—. E. 350,—. Bayen, B. 100,—. Wallenbrück, B. 120,—. 16. Gau: Wandersb., B. 100,—. Sarau, B. 100,—. Hagen b. Pyrm., B. 144,50, E. 5,50.

Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß bei Einzahlung der Gelder an den Vorstand die Bevollmächtigten nur unsere Zahlkarten benutzen wollen, damit unnütze Portoausgaben vermieden werden. Damit die Zuführung von etwa erforderlichem Zuschuß durch unser Postfachkonto erfolgen kann, wolle man die Bezahlung rechtzeitig beim Vorstand einreichen.

Falls Zahlkarten gewünscht werden, bitte dieses auf dem Abschluß bemerkten zu wollen, damit die Zuführung erfolgen kann. Bremen, den 19. August 1912. W. Niederwiesland.

Vom Vorstande sind ernannt:

Duisburg: Ernst Goldschmidt 2. Bev.
Goldberg: Karl Kurfürst 1., Paul Stumpe 2., Wilh. Vieber 3. Bev.; Wilh. Erwin, Sophie Tisch, Kont.
Salbau: Ludwig Blesnit 1., Paul Graf 2., Gust. Staar 3. Bev.; Rob. Böhme, Fritz Neumann, Kont.
Rehdenit: Georg Vogel 1., Karl Meißner 2., Gust. Feseler 3. Bev.; Herm. Winkler, Joh. Lomm und Ernst Schröder Kont.
Müncheberg: Max Neumann 1., C. Fellmann 2., H. Pohl 3. Bev.; Aug. Kühne, Fritz Umbos Kont.
Ansbach: Bernh. Klaus 1., Aug. Mungold 2., Hans Seemann 3. Bev.; Hans Ellinger, Friedr. Schorr Kont.
Baldorf: Friedr. Lüding 1., W. Stahlmeier 2., Aug. Doberg 3. Bev.; W. Feseler, G. Bauer Kont.

Adressen der Gauleiter:

Gau Hamburg: Rudolf Hatzelberg, Altona, Holländische Reihe 16 I.
Gau Braunschweig: Heinr. Borag, vorl. Adresse Bremen, Faulenstraße 58/60 II, Zimmer 32.
Gau Nordhausen: Herm. Schmidt, Salza bei Nordhausen, Grenzstraße 19.
Gau Herford: Wilh. Schlüter, Herford i. Westf., Kurfürstenstr. 3.
Gau Köln: Ludw. Klein, Köln, Heinrichstr. 10 II.
Gau Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Frankfurt a. M., Hattersheimerstr. 11, pt.
Gau Heidelberg: Christ. Stöck, Heidelberg, Hauptstr. 110 a, (Sitzbau).
Gau Offenburg: Georg Durban, Karlsruhe, Schützenstraße 62 I.
Gau Karlsruhe: Adolf Heising, Karlsruhe, Werberstraße 95 pt.
Gau Erfurt: Dominikus Wiesen, Erfurt, Bülowstr. 8 II.
Gau Dresden: Otto Wenzel, Dresden, Ritzbergstr. 2 III.
Gau Breslau: Max Element, Breslau IV, Westendstr. 46 II.
Gau Berlin: Max Riesel, Berlin-Reinickendorf-West, Sichelhornstr. 37 I.
Gau Elbing (Westpreußen): Robert Hengschel, Elbing Erste Niedernstraße 13.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung.
Karlsruhe: A.-U. mittags 12—1 Uhr u. abends 7—8 Uhr, K.-U. nur Sonntags von 10—12 vorm. 5. Herm. Burkart, Angartenstraße 58.
Salbau: A.-U. wird nur für am Orte in Arbeit Tretende ausgezahlt.
Rehdenit: A.-U. und K.-U. bei Karl Meißner, Ritzplatz 20 I.
Stuttgart: A. und K.-U. bei Hubert Diebold von 12—1 Uhr mittags und 6—8 Uhr abends. Sonntags von 4—6 Uhr nachmittags. Sonntags von 11—1 Uhr mittags. Verkehrslokal: Gewerkschaftshaus. Versammlungslokal: Redarstr. 220.

Adressenänderung.

Duisburg: 1. Bev. Ernst Goldschmidt wohnt Schühengasse 2.
Karlsruhe: Der 2. Bev. Herm. Burkart wohnt Angartenstr. 58, II. Goldberg: 1. Bev. Karl Kurfürst wohnt Ring 198.
Salbau: 1. Bev. Ludwig Blesnit, Ritzplatz, 2. Bev. Paul Graf, Wilhelmstr. 106.
Rehdenit: 1. Bev. Georg Vogel, Dammhaffstr. 55.
Stuttgart: 1. Bev. Alois Weder, Stuttgart-Berg, Kanalstr. 24.
Dortmund: 1. Bev. Gust. Wittenberg, Hackländerstr. 2. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten.
Brehfeld: Der 2. Bev. Joh. Lübed wohnt Gumerstr. 35.
Müncheberg: 1. Bev. Max Neumann, 2. Bev. C. Fellmann, Promenade 298. Alle Zuschriften sind an den 2. Bev. C. Fellmann zu richten.
Redarhausen: Jakob Engert 1., Michael Berg 2., Franz Brunny 3. Bev., Karl Siebig, Johann Hartmann, Kont.
Ansbach: 1. Bev. Bernh. Klaus, Maximilianstr. 2.
Baldorf: 1. Bev. Friedr. Lüding, Horst b. Blotho; 2. W. Stahlmeier, Blotho, Feldmark Süd.

Mitglieder-Versammlungen.

Regelmäßige Versammlungswächter sind Mitglieder, die nicht mitarbeiten wollen!
Sonnabend, den 24. August:
Chemnitz: Ab. 8½, in der Plauenischen Bierhalle. L.-D. w. bef. geg. Sonntag, den 1. September:
Hände i. W.: Nachm. 3, Gastwirtsch. W. Nibel. L.-D. w. bef. geg. **Öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung.**
Hände-Entschloß. Montag, den 26. August, abends 7 Uhr, bei W. Nibel. L.-D.: Die Agitation des Wertmeister K. Bergmann bei der Firma Wellerich gegen den Verband und die Bergangenhait Bergmanns.

Arbeitsnachweis.

Blotho. Der Arbeitsnachweis für die Sortierer wird von Heinrich Waltermann, Wasserstraße 33, geführt.

Dröy. Diejenigen Kollegen, welche gedenken, hier in Arbeit zu treten, haben sich vorher beim 1. Bevollm., Oskar Gie, zu melden.

Gestorben:

Am 4. August in Schmöllin Lina Koller, 37 Jahre alt.
Am 5. August in Radeberg Konrad Wittner, 39 Jahre alt.
Am 10. August in Schmege Friedrich Fehling, 55 Jahre alt.
Am 11. August in Wandersb. J. Wulf.
Am 15. August in Fehoe Max Stief aus Kunden.
Gedenken!

